

Bachelorarbeit zur Erreichung des FH-Diploms als Bachelor of Arts in Sozialer
Arbeit HES-SO

HES-SO Wallis, Hochschule und Höhere Fachschule für Soziale Arbeit

Eine Alternative zum Wohnen im institutionellen Rahmen

**Wie sieht Wohnen mit Assistenz als ein «good Practice»
Beispiel aus der Sicht der verschiedenen Expert*innen aus?**

Erarbeitet von: Gertschen Deborah und Imboden Annina

Studienanfang: BAC2020

Begleitende Dozentin: Thönnissen Chase Evelyne

Siders, 27. Januar 2023

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Personen, welche auf unterschiedliche Art und Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

An erster Stelle richtet sich unser Dank an unsere Begleitdozentin Thönnissen Chase Evelyne, während dem ganzen Prozess hat sie uns begleitet und unterstützt, bei Fragen stand sie uns geduldig zur Seite.

Ein besonderer Dank richtet sich an unsere Interviewpartner*innen, welche uns ihre wertvolle Zeit geschenkt, ihr nützliches Wissen und ihre Erfahrungen mit uns geteilt haben. Wir bedanken uns für die spannenden und offenen Gespräche, welche einen grossen Teil zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Des Weiteren möchten wir uns bei Heinzmann Anita bedanken, da sie uns mit ihrem fachspezifischen Wissen wichtige Inputs für unsere Themenwahl gegeben hat.

Ausserdem danken wir denjenigen, welche unsere Arbeit durchgelesen und korrigiert haben.

Nicht zuletzt möchten wir uns bei unseren Familien, Freund*innen und Mitstudent*innen bedanken, welche uns in den letzten Monaten mit viel Geduld, Interesse und Hilfsbereitschaft zur Seite standen.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichern wir, dass der Text der Bachelorarbeit minimal 75'000 und maximal 93'500 Zeichen umfasst (ohne Inhaltsverzeichnis, Anhang, Literaturliste, Kopf- und Fusszeilen, Fussnoten, inkl. Leerschläge).

Zudem versichern wir, die Bachelorarbeit selbständig verfasst und keine andern als die angegebenen Quellen benutzt zu haben. Alle Ausführungen, die andern Texten wörtlich oder sinngemäss entnommen wurden, sind kenntlich gemacht. Die Arbeit war noch nie in gleicher oder ähnlicher Fassung Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung. Die Bachelorarbeit respektiert den Ethik-Kodex für die Forschung.

Gertschen Deborah



Imboden Annina



Zusammenfassung

Der Dachverband der Behindertenorganisation betont, dass die Schweiz die Anforderungen der UN-BRK bei weitem noch nicht erfüllt (Inclusion Handicap, 2022: online). Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, eine Alternative zum Wohnen im institutionellen Rahmen kennen zu lernen, welche die Forderungen der UN-BRK umsetzt. Im Fokus liegt dabei folgende Fragestellung:

Wie sieht Wohnen mit Assistenz als ein «good Practice» Beispiel aus der Sicht der verschiedenen Expert*innen aus?

Zunächst erfolgt eine Auseinandersetzung mit der UN-BRK und der aktuellen Wohnsituation von Menschen mit Behinderung in der Schweiz. Anschliessend werden der Gegenstand und Theorien in Bezug auf unsere Thematik aufgeführt.

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurde eine qualitative Studie durchgeführt. Dafür befragten wir vier Expert*innen. Die Daten aus den Interviews wurden im Anschluss analysiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Modell «Wohnen mit Assistenz» trotz grösserem Aufwand und einigen Lücken, einen Mehrwert für die Nutzer*innen bringt. Für die Zukunft ist klar, dass schweizweit neue Angebote und Brückenangebote geschaffen werden müssen. Um das Assistenzmodell voranzubringen, ist der Systemwechsel von Objekt- zu Subjektfinanzierung in allen Kantonen anzustreben.

Schlüsselbegriffe

Assistenzmodell | Assistenz | Arbeitgeber*in | Menschen mit Behinderung
Subjektfinanzierung | UNO-Behindertenrechtskonvention | Wohnen

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	6
2	Ausgangslage in der Schweiz	8
2.1	UN-BRK.....	8
2.1.1	Mängel in der Umsetzung.....	8
2.2	Wohnangebote für Menschen mit Behinderung	9
2.2.1	Selbständiges Wohnen mit Dienstleistung	10
3	Gegenstand	13
3.1	Begriffserklärung	13
3.1.1	Behinderung	13
3.1.2	Assistenzmodell.....	14
3.2	Geschichtliche Entwicklung	14
4	Theoretischer Rahmen	17
4.1	Finanzierungsmodelle.....	17
4.2	Bedeutung Wohnen	19
4.3	Funktionale Gesundheit.....	19
4.4	Lebensweltorientierte Soziale Arbeit nach Thiersch.....	21
4.5	Inklusion	23
4.6	Empowerment	23
4.7	Fragestellung.....	25
5	Methodisches Vorgehen	26
5.1	Erhebungsmethode	26
5.2	Sampling	26
5.3	Instrumente für die Datenerhebung und Transkription	27
5.4	Risiken und Stolpersteine	28
5.5	Analyse und Auswertungsmethode.....	29
6	Ergebnisse.....	30
6.1	Vorstellung der Interviewpartner*innen	30

6.2	Veränderungen.....	31
6.2.1	Individualität, Privatsphäre und Unabhängigkeit	31
6.2.2	Inklusion	31
6.2.3	Selbstbestimmung	32
6.2.4	Verantwortung	33
6.3	Herausforderungen.....	33
6.3.1	Übergang.....	33
6.3.2	Rolle für Arbeitgeber*in.....	34
6.3.3	Rolle der Fachpersonen	35
6.4	Lücken im Assistenzmodell.....	36
6.4.1	Mangelnde Aufklärung.....	36
6.4.2	Fehlende Angebote	37
6.4.3	Lücken in der Finanzierung und in den rechtlichen Grundlagen.....	38
7	Diskussion	39
7.1	Diskussion der ersten Unterfrage.....	39
7.2	Diskussion der zweiten Unterfrage	41
7.3	Diskussion der dritten Unterfrage.....	44
8	Schlussfolgerung und Ausblick	47
8.1	Resümee	47
8.2	Konsequenzen für die Soziale Arbeit	47
8.3	Reflexion	48
8.4	Grenzen und Ausblick.....	50
9	Quellenverzeichnis	51
9.1	Literaturverzeichnis.....	51
9.2	Abbildungsverzeichnis	56
10	Anhang.....	57
10.1	Art. 19 UN-BRK	57

1 Einleitung

Menschen mit Behinderung erleben in Bezug auf ihre Wohnsituation wenig bis keine Selbstbestimmung. Viele Menschen mit Behinderung werden fremdbestimmt in eine Wohngruppe für Menschen mit Behinderung eingegliedert. Für viele ist es somit nicht selbstverständlich, Entscheidungen selbstbestimmt zu treffen (Inclusion Handicap, s.d.b: online). Wie stark Menschen auf den Wohngruppen fremdbestimmt sind, wird in folgendem Zitat aus dem Beobachterbeitrag von Homann (2021: online) ersichtlich:

Als Jugendliche hat Schmid mehrere Jahre im Heim verbracht. Nie wieder wolle sie so leben, dort gebe es null Privatsphäre. Die Türen zu den Zimmern konnten nicht abgeschlossen werden – aus Sicherheitsgründen. Essen gab es immer zur gleichen Zeit, das Menü konnte nicht gewählt werden.

Die Wohnangebote für Menschen mit Behinderung sind unsere Meinung nach überschaubar und nicht für jeden Menschen geeignet. Im dritten Semester befassten wir uns im Modul «Intervention und Professionalität» mit der Frage: «Wie sieht die Soziale Arbeit im Jahr 2030 aus?». Unsere Gruppe hat sich mit der Sozialberatung auseinandergesetzt. Wir fokussierten uns dabei auf die Bereiche «Wohnen» und «Arbeit» für Menschen mit Behinderung. Dieser Gruppenauftrag hat uns den Mangel an Auswahlmöglichkeiten bestätigt. Die Bearbeitung dieser Themen erweckte unser Interesse und wir wollten herausfinden, welche zusätzlichen Möglichkeiten es im Bereich «Wohnen» gibt.

Wir können uns künftig beide die Arbeit mit Menschen mit einer Behinderung vorstellen. Aus diesem Grund sind wir motiviert, zu erforschen, was es für Konzepte und Ansatzpunkte in der Schweiz gibt, welche die Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung im Bereich «Wohnen» fördern.

Wir beschäftigen uns in unserer Bachelorarbeit mit dem «Wohnen mit Assistenz». Im Zentrum soll die Sichtweise der Menschen mit Behinderung und ihre Anliegen stehen. Die Wahrnehmung derjenigen Menschen, welche im Assistenzmodell leben, ist für uns zentral, um die Wohnsituation von betroffenen Personen bewerten zu können. Unser Ziel ist es, eine alternative Wohnform zum Leben im institutionellen Rahmen kennen zu lernen.

Gemäss AvenirSocial (2014: 3) haben die Professionellen der Sozialen Arbeit das Ziel, ihren Adressat*innen die grösstmögliche Autonomie zu gewähren. Das bedeutet das Erreichen der maximalen Selbständigkeit und Selbstbestimmung. Dies soll die Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen begünstigen und die Adressat*innen erhalten die Chance auf Inklusion und Entwicklungsmöglichkeit. Ausserdem haben gemäss dem Berufskodex (AvenirSocial, 2010: 10) der Sozialen Arbeit alle Menschen das Anrecht, ihre Entscheidungen selbstbestimmt zu treffen. Dies gilt, insofern keine Gefährdung der Person besteht und keine Rechte und Interessen anderer verletzt werden.

Aus diesen Gründen betrifft uns als Professionelle der Sozialen Arbeit die Wohnsituationen von Menschen mit Behinderung. Wir sind verpflichtet, diese positiv weiterzuentwickeln, so dass Menschen mit Behinderung selbstbestimmt über ihre Wohnform entscheiden können.

Zu Beginn dieser Bachelorthesis erläutern wir die Ausgangslage in der Schweiz. Dabei wird auf die UNO-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sowie auf die Mängel der Umsetzung eingegangen. Zudem wird die aktuelle Wohnsituation von Menschen mit Behinderung in der Schweiz aufgezeigt. Anschliessend werden die Begriffe «Behinderung» und «Assistenzmodell» definiert und die geschichtliche Entwicklung wiedergegeben. Das vierte Kapitel bildet den theoretischen Rahmen der Arbeit und die Fragestellung wird dargestellt.

Im Anschluss folgt, in Form einer qualitativen Forschung, der empirische Teil der Arbeit. Im Fokus steht dabei, wie wir methodisch vorgegangen sind. Im Kapitel 6 werden die Ergebnisse der Daten zusammenfassend aufgelistet. Diese werden anschliessend diskutiert und in Zusammenhang zu den erarbeiteten Theorien gebracht. Zum Abschluss dieser Arbeit werden die wichtigsten Erkenntnisse in Bezug auf die Fragestellung in einem kurzen Resümee aufgeführt.

Abschliessend werden die Konsequenzen der Thematik für die Soziale Arbeit sowie unser Lernprozess dargestellt. Mit den Grenzen und einem Ausblick wird die Bachelorthesis abgeschlossen.

2 Ausgangslage in der Schweiz

In diesem Kapitel beschreiben wir die rechtliche Grundlage in Bezug auf das Wohnen von Menschen mit Behinderung. Dabei beziehen wir uns auf die UN-BRK. Ausserdem gehen wir auf die Bestandsaufnahme zu den Wohnangeboten für Menschen mit Behinderung in der Schweiz ein.

2.1 UN-BRK

Die Rechte für Menschen mit Behinderung sind in der UN-BRK verankert. Die Schweiz hat diese 2014 ratifiziert und sich somit verpflichtet, die Rechte einzuhalten (EDI, s.d.: online). Die «Interessenvertretung selbstbestimmt Leben in Deutschland» (2013: online) betont, dass Menschen mit Behinderung noch heute oft als minderwertig betrachtet werden und deren Leben stark von Fremdbestimmung geprägt sei. Durch die UN-BRK wurde Behinderung erstmals als Menschenrechtsthematik anerkannt und ein Perspektivenwechsel soll ermöglicht werden.

Für unsere Thematik ist der Art. 19 der UN-BRK bedeutend. Der Vollständigkeit halber ist dieser in gesamter Länge im Anhang (Kapitel 10.1) zu finden. Die Schweiz ist gemäss Art. 19 verpflichtet, die Wahlfreiheit bezüglich der Wohnform und des Aufenthaltsorts zu gewährleisten. Auch muss allen Menschen mit Behinderung der Zugang zu persönlicher Assistenz und gemeindenahen Unterstützungsdiensten ermöglicht werden. Im Art. 19 ist verankert, dass Menschen mit Behinderung nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.

Aktuell ist in der Schweiz die Nichteinhaltung der UN-BRK nicht einklagbar. Damit dies möglich ist, muss die Schweiz das Zusatzprotokoll der UN-BRK unterschreiben (Roth, 2019: online). Im Oktober 2022 hat «Inclusion Handicap» dem Bundesrat die Petition «Lasst uns nicht hängen: Ratifizierung BRK-Zusatzprotokoll, JETZT!» übergeben (Proinfirmis, 2022: online).

2.1.1 Mängel in der Umsetzung

Der UN-Ausschuss hat im März 2022 die Umsetzung der UN-BRK durch die Schweiz zum ersten Mal überprüft (Inclusion Handicap, 2022: online). Mit dem Ergebnis, dass die Schweiz die UN-BRK weitgehend erfüllt. Inclusion Handicap hat jedoch eine andere Meinung. Aus diesem Grund reagierten sie mit einem Schattenbericht. Hess-Klein und Scheibler (2022: 1-5) zeigen im Rahmen des Schattenberichts von Inclusion Handicap klar auf, dass die Schweiz die Anforderungen der UN-BRK nicht erfüllt. Sie weisen auf

Handlungsbedarf, rechtliche Lücken und Probleme in der Umsetzung hin. Unter anderem bemängeln sie die fehlende Strategie, denn die Umsetzung der UN-BRK wird auch trotz der Ratifizierung nicht ausreichend eingehalten. Ausserdem fehlen systematische Überprüfungen der Rechtsgrundlagen und ein umfassender nationaler Aktionsplan bezüglich der Umsetzung. Hinzu kommt, dass das Rechtssystem in der Schweiz immer noch auf einem medizinisch defizitorientierten Verständnis von Behinderung basiert. Auch in Bezug auf Art. 19 der UN-BRK wurde Kritik geäussert. Das Schweizer System sei auf institutionelle Wohnformen fokussiert. Es bestehen Hürden beim Zugang zum Assistenzbeitrag der Invalidenversicherung (IV). Die Unterstützungsleistungen, welche selbstständiges Wohnen fördern, sind unzureichend. Somit ist die Wahl des Wohnsitzes und der Wohnform für Menschen mit Behinderung eingeschränkt.

2.2 Wohnangebote für Menschen mit Behinderung

Bei der Recherche bezüglich der aktuellen Wohnsituation von Menschen mit Behinderung stossen wir immer wieder auf Zeitungsartikel mit positiven Schlagzeilen, wie beispielsweise die Aussage von Vasapolli (Eichelberger, 2017: 22): «Ich kann meine Betreuungspersonen selber wählen und engagiere nach Möglichkeit eine Frau». Bucher et.al. (2019: 5) beschäftigen sich im Auftrag vom Bundesamt für Sozialversicherung mit den Wohnangeboten für Menschen mit Behinderung und veröffentlichten 2019 eine Bestandesaufnahme. Aus den Ergebnissen des Berichtes geht hervor, dass die Wohnangebote von Menschen mit Behinderung in den letzten Jahren flexibler und vielfältiger geworden sind. Es zeichne sich ein Trend ab, welcher weg von den klassischen Heimstrukturen hin zum Wohnen mit grösstmöglicher Selbstbestimmung führt. Die Institutionen haben ihre Angebote aufgrund der UN-BRK weiterentwickelt. Dabei stehen die Prinzipien der Selbstbestimmung, Wahlmöglichkeiten und Teilhabe klar im Zentrum.

Obwohl die Entwicklung in eine positive Richtung geht, werden in der Bestandsaufnahme auch einige Mängel bestehender Wohnangebote aufgezeigt. Ein Mangel besteht an Angeboten in ländlichen Gebieten. Die Wohnangebote für Menschen mit Behinderung sind zum grossen Teil in den Zentren der Städte oder in Agglomerationen zu finden. In eher ländlichen Gebieten gibt es weniger Angebote. Auch bestehe ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit Behinderung. Expert*innen weisen darauf hin, dass Menschen mit Behinderung im Wohnungsmarkt immer noch benachteiligt werden. Es bestehen einerseits noch immer Vorurteile,

andererseits sind Wohnungen nicht barrierefrei gebaut (Fritschi, Müller, von Bergen, 2020: online).

Die Bestandesaufnahme zeigt, dass die Möglichkeit des privaten Wohnens mit Dienstleistung aktuell noch wenig genutzt wird. Eine Herausforderung beim Angebot «Wohnen mit Assistenz» ist, dass die Organisation den Menschen mit Behinderung und ihrem Umfeld überlassen wird. In den Organisationen ist die Finanzierung von Beginn an geregelt. Für einen Wechsel von einer Institution zu einer privaten Wohnform fehlen in den meisten Kantonen aktuell unabhängige Beratungsstellen. Die Bestandesaufnahme zeigt, dass Wahlmöglichkeiten bezüglich der Form des Wohnens, besonders in Bezug auf ein selbstbestimmtes Leben, eingeschränkt sind (ebd. 2020: online).

2.2.1 Selbständiges Wohnen mit Dienstleistung

Privates Wohnen mit Dienstleistung wird in der Schweiz durch die IV finanziert, mit der Möglichkeit vom Wohnen mit Begleitung nach Art. 74 IVG und dem Assistenzbeitrag (Fritschi, Müller, von Bergen, 2020: online). Die 6. IV-Revision trat in der Schweiz 2012 in Kraft (Bundesrat, s.d.: online). Eines der drei Ziele der 6. IV-Revision ist die Einführung des Assistenzbeitrags. Dieser soll ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben von Menschen mit Behinderung fördern (BSV, 2021: online). Das Anrecht auf Assistenz haben Personen, welche über eine Hilflosenentschädigung der IV (oder in Ausnahmefällen auch der AHV) verfügen. Für Bezüger*innen einer Hilflosenentschädigung der Unfallversicherung oder Militärversicherung besteht kein Anspruch (proinfimis, s.d.:online). Ausserdem muss bei volljährigen Personen mindestens eine der drei Kriterien erfüllt sein:

- «entweder einen eigenen Haushalt führen, d.h. nicht mehr bei den Eltern oder der gesetzlichen Vertretung wohnen
- oder eine Berufsausbildung auf dem regulären Arbeitsmarkt oder eine Ausbildung auf der Sekundarschulstufe II oder der Tertiärstufe absolvieren
- oder während mindestens 10 Stunden pro Woche eine Erwerbstätigkeit auf dem regulären Arbeitsmarkt ausüben» (ebd. online).

Für minderjährige gilt eine der folgenden Bedingungen:

- «regelmässig die obligatorische Schule in einer Regelklasse besuchen, eine Berufsausbildung auf dem regulären Arbeitsmarkt oder eine andere Ausbildung auf Sekundarstufe II absolvieren;
- während mindestens 10 Stunden pro Woche eine Erwerbstätigkeit auf dem regulären Arbeitsmarkt ausüben;
- einen Intensivpflegezuschlag für einen Pflege- und Überwachungsbedarf von mindestens sechs Stunden pro Tag beziehen (AHV/IV, s.d.: online)».

Durch den Assistenzbeitrag kann individuelle Hilfe eingekauft werden. Die Personen erhalten von der IV 32.50 Franken pro Stunde, um die engagierte Unterstützung zu bezahlen. Die Möglichkeit, andere Menschen für Aufgaben anzustellen, entlastet die Familie und ermöglicht Menschen, welche auf Unterstützung angewiesen sind, ein selbständigeres Leben zu führen (Bundesrat, s.d.: online).

Trotz IV-Revision überwiegt das Wohnen im institutionellen Rahmen immer noch leicht. Klar ist, dass den Kantonen Dienstleistungen fehlen, welche das selbständige Wohnen in einer privaten Wohnung fördern (Fritschi, Müller, von Bergen, 2020: online). Inclusion Handicap (s.d.b: online) benennt die Mängel in Bezug auf Wohnen mit Assistenz wie folgt: «Die Ausgestaltung ist jedoch noch nicht zufriedenstellend. Der Zugang ist schwer, insbesondere für Personen mit einer Lernschwierigkeit. Und die entrichteten Beiträge reichen nicht aus, um die Ausgaben zu decken».

In der Schweiz haben gemäss der Medienmitteilung vom Förderverein CléA (2021: 1) über 36'000 Menschen mit Behinderung das Anrecht auf die Unterstützung von persönlicher Assistenz. Jedoch nutzt das Angebot aktuell weniger als ein Zehntel der Menschen.

Arndt, Ettl und Zuber (2020: 14-16) gehen in der schweizerischen Zeitschrift für Heilpädagogik auf die Probleme und Lücken des Assistenzbeitrages ein. Die finanziellen Lücken, welche trotz des Assistenzbeitrages der IV auftauchen, werden nun zusammengefasst aufgeführt:

- Die 6. IV-Revision hat das Assistenzbudget gekürzt. Der Beitrag besteht aus den Leistungen der IV (Hilflosenentschädigung und Assistenzbeitrag), des Kantons oder der Stadt und der Krankenkasse. Die Hilflosenentschädigung wird in Assistenzstunden umgerechnet. Aus diesem Grund ist der Bedarf für behinderungsbedingte Mehrkosten, wie beispielsweise eine Assistenz beim Reisen, nicht mehr abgedeckt. Somit wird der reale Bedarf nicht ermittelt und abgedeckt.
- Alle drei Kostenträger unterscheiden sich im Abklärungsprozess, den Abrechnungsmodalitäten und den Stundenansätzen. Dies führt zu grossem Aufwand in der Administration und Organisation.

- Der administrative und organisatorische Aufwand als Arbeitgeber*innen wird bei der persönlichen Assistenz im Gegensatz zum institutionellen Rahmen finanziell nicht abgedeckt.
- Die finanziellen Beiträge der Kantone sind rechtlich nicht geregelt und unterscheiden sich somit von Kanton zu Kanton. Die Verantwortung zwischen Gemeinde, Kanton und Bund ist nicht klar, was dazu führt, dass das Assistenzbudget unterfinanziert ist.
- Bei Menschen mit schweren Behinderungen deckt der Assistenzbeitrag nicht alle notwendigen Leistungen.

3 Gegenstand

Der Gegenstand unserer Bachelorarbeit sind Menschen mit Behinderung, welche mit Assistenz leben. Leben mit Assistenz gilt als fortgeschritten und ist eine Forderung von der UN-BRK. In diesem Kapitel definieren wir die zwei Begriffe «Behinderung» und «Assistenzmodell». Ausserdem wird auf die geschichtliche Entwicklung von stationären hin zu ambulanten Wohnformen eingegangen.

3.1 Begriffserklärung

3.1.1 Behinderung

Das Bundesamt für Statistik (BFS), angelehnt an das Eidgenössische Büro für Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, beschreibt drei Konzepte und Modelle des Begriffes (BFS, 2020: online).

Das individuelle Modell basiert auf einem «bio-medizinischen Ansatz». Gemäss diesem Modell ist Behinderung das Resultat des Individuums. Ziel ist, die Person von der Behinderung zu heilen oder zumindest die Wiedereingliederung in die Gesellschaft (ebd. 2020: online).

In den 1960er entstand das «soziale Modell» als Gegenentwicklung in Bezug auf das individuelle Modell. Behinderung wird als Ergebnis der Gesellschaft betrachtet, welche nicht alle Bedürfnisse ihrer Mitglieder berücksichtigt. Es steht nicht die Heilung des Individuums im Vordergrund, sondern die physische und soziale Barrierefreiheit. Das soziale Modell fordert eine Anpassung der Umweltbedingungen und der Dienstleistungsstrukturen und nicht eine Veränderung des Individuums (ebd. 2020: online).

Der dritte Ansatz sind die «interaktiven Modelle». Die neue internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation versucht, beide Faktoren zu berücksichtigen. Dabei handelt es sich um die Interaktion zwischen den verschiedenen Faktoren, welche zur Behinderung führen. Die interaktiven Modelle sind offen und dynamisch und berücksichtigen nicht nur den medizinischen oder sozialen Faktor (ebd. 2020: online).

In unsere Bachelorarbeit beziehen wir uns auf den dritten Typus der Modelle. Dieser entspricht auch der Definitionen von der UN-BRK. Die UN-BRK definiert Menschen mit Behinderung wie folgt:

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können (Art. 1 UN-BRK).

3.1.2 Assistenzmodell

Im Assistenzmodell leben Menschen mit Behinderung, welche auf Unterstützung in ihrer eigenen Wohnung angewiesen sind. Wie im Kapitel 2.2 erwähnt wurde, wird beim Wohnen ein selbstbestimmteres Leben angestrebt. Menschen mit Behinderung stellen Personen für gewisse Aufgaben an und werden somit zu Arbeitgeber*innen (Pontas, s.d.: online). Arndt, Ettl und Zuber (2020: 14) erklären Assistenz in der schweizerischen Zeitschrift für Heilpädagogik folgedermassen:

Mithilfe von Assistenz können Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung führen. Sie können die Menschen, die ihnen assistieren sollen, selbst auswählen und mit einem ihnen direkt zugesprochenen Budget bezahlen: Sie selbst bestimmen, wer ihnen wobei, wann, wo und wie hilft; bei der Arbeit, in der Schule, in der Pflege, in der Freizeit oder auf Reisen.

3.2 Geschichtliche Entwicklung

Gemäss Bertels (2016: 51) gab es die ersten Fürsorgeeinrichtungen für Menschen mit Behinderung in der Schweiz bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Nach dem ersten Weltkrieg entstanden zunehmend Vereine mit Beratungsfunktionen und Eingliederungsdienste. So wurde zum Beispiel die Schweizerische Vereinigung für Anormale (SVfA), welche heute als «Pro Infirmis» bekannt ist, gegründet. Diese Vereinigung hatte zum Ziel, Vereine und Institutionen für Menschen mit Behinderung zu unterstützen und so bei den Behörden sowie der Gesellschaft mehr Beachtung für die Anliegen der Menschen mit Behinderung zu gewinnen.

Der Bund bezahlte ab 1923 Subventionen an die SVfA. Dieses Geld wurde insbesondere für die Heime eingesetzt. Darauf folgend entstanden zunehmend Vereine und Organisationen für Menschen mit Behinderung. Sie verfolgten das Interesse, Menschen mit Behinderung aus der Separation zu holen, Beschäftigung anzubieten und bei sozialen Problemen zu helfen. Zudem wollten sie eine staatliche Invalidenversicherung schaffen, um so Menschen mit Behinderung ein minimales Einkommen zu ermöglichen.

Hinzu wollte man die Wohnsituation von Menschen mit Behinderung optimieren. Im Jahr 1951 wurde ein Wohnheim für Menschen mit schwerer Behinderung gegründet. So wurde den Menschen eine Unterkunft sichergestellt und Arbeitsplätze angeboten. Es entstanden weitere ähnliche Einrichtungen (ebd. 2016: 51-53).

In den 60er und 70er Jahren wurden immer mehr Sondereinrichtungen gebaut. Durch die Einführung der IV konnten diese Einrichtungen finanziert werden. Da häufiger Sondereinrichtungen entstanden und die Medien viel darüber berichteten, waren die Sondereinrichtungen für die Gesellschaft die beste Lösung. Die Mehrheit der Menschen ging davon aus, dass die Versorgung der Menschen mit Behinderung nur durch Separation gewährleistet werden kann (ebd. 2016: 66-67).

Durch die Einführung der IV verbesserte sich das Leben vieler Menschen mit Behinderung. So wurden ein gewisses Grundeinkommen und die Beschaffung von Hilfsmitteln sichergestellt. Die Mehrheit der Menschen mit Behinderung fanden einen Platz in Sondereinrichtungen. Selbst wenn viele von ihnen ein Leben ausserhalb der Institutionen vorgezogen hätten, war dies zu dieser Zeit beinahe unmöglich (ebd. 2016: 87). Der Aufwand und das finanzielle Risiko wären zu gross gewesen (ebd. 2016: 89).

Mit der Veröffentlichung der Ziele der UNO im Jahr 1981 schöpften viele Menschen mit Behinderung Hoffnung auf Verbesserung. Im Bereich Wohnungsmarkt war es für Menschen mit körperlicher Behinderung schwierig, eine barrierefreie Wohnung zu finden. Ebenso sah es für Menschen mit geistiger Behinderung aus, da die Vermieter*innen meistens aufgrund von Hemmungen zurückschreckten. Die allgemeine Bevölkerung war der Meinung, dass Menschen mit Behinderung in einer Sondereinrichtung eine gute Versorgung erhalten und ihren Bedürfnissen dort Rechnung getragen wird. Zudem vertrat man die allgemeine Meinung, dass Menschen mit Behinderung gerne in Sondereinrichtungen sind. Dadurch, dass viele Menschen mit Behinderung separiert wurden, waren sie in der Öffentlichkeit nur selten sichtbar. Der schweizerischen Gesellschaft fehlte Kontakt zu den Menschen mit Behinderung und ihre Anliegen waren unbekannt (ebd. 2016: 90-91).

Anfangs der 80er wurden Wohngruppen in Wohnblöcken gegründet, da die Situation in Sondereinrichtungen unbefriedigend war. Es hat unter anderem an Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten und Weiterbildungen gefehlt. Die Idee wurde verfolgt, fünf bis sechs

Menschen mit einer kognitiven Behinderung in einer Wohngruppe unterzubringen mit Unterstützung von Fachpersonen. Die Personen mit Behinderung besaßen ein Einzelzimmer, teilten sich das Bad, die Küche und das Wohnzimmer. Dieses dezentrale Wohngruppensystem bewährte sich. Es entstanden viele solcher Einrichtungen ab Mitte der 80er Jahre (ebd. 2016: 106).

Nachdem in den 90er und 2000er Jahren die Bevölkerung vermehrt auf das Thema «Behindertengleichstellung» sensibilisiert und verschiedene politische Initiativen eingereicht wurden, wurde, wie im Kapitel 2.2.1 bereits erwähnt, der Assistenzbeitrag der IV als neue Leistung eingeführt. Ein Meilenstein in der Gleichstellungsgeschichte für Menschen mit Behinderung. Dass Menschen mit einer Behinderung genauso das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung haben, fand rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung, wenngleich Probleme und Lücken im Assistenzmodell existieren (ebd. 2016: 124+167).

4 Theoretischer Rahmen

In dieser Bachelorarbeit geht es um Menschen mit Behinderung, welche das Assistenzmodell nutzen. Zum einen werden die Finanzierungsmodelle erläutert und zum anderen die theoretischen Zusammenhänge des Themas dargestellt.

4.1 Finanzierungsmodelle

Gemäss Inclusion Handicap (s.d.b: online), dem Dachverband der Behindertenorganisationen, sind noch immer zu viele Gelder an gesetzliche Wohnplätze in Institutionen gebunden. Dadurch fehlt es an Finanzierung von alternativen Wohnformen, was zu grossen Einschränkungen in der Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung führt. Nachfolgend wird auf die Finanzierungsansätze eingegangen, die in der Schweiz Anwendung finden.

Eine Möglichkeit stellt die Objektfinanzierung dar. Bei diesem Ansatz sind die finanziellen Mittel an die Wohnplätze gebunden. Die Kantone verteilen ihre Gelder an stationäre Einrichtungen. Die Entscheidungskompetenz bezüglich der Qualität, der Kosten und der Anzahl Wohnplätze liegt bei den Kantonen. Positiv formuliert bieten die Kantone somit den Menschen mit Behinderung ein Versorgungssystem an. Die Angebotssicherheit ist mittels dieses Systems gewährleistet (Liesen, Wyder, 2019: online). Konkret bedeutet dies laut Bucher et.al. (2019: 57): «Eine reine Objektfinanzierung orientiert sich an der Institution (Objekt) und nicht an der Person (Subjekt).». Ein Viertel der Schweizer Kantone wenden zurzeit dieses System an (Liesen, Wyder, 2020: 16).

Im Gegensatz zur Objektfinanzierung steht der Ansatz der Subjektfinanzierung. Bei diesem System fliessen die Gelder direkt an die Leistungsbezüger*innen (Bucher et.al. 2019: 57). Basierend auf diesem Modell entscheiden Menschen mit Behinderung selbst über das Geld, welches ihnen zur Verfügung steht. Diese Finanzierungsvariante bringt viele Vorteile mit sich. Den Menschen mit Behinderung wird ein höheres Mass an Selbstbestimmung ermöglicht und sie stehen mit ihren eigenen Stärken und Ideen im Mittelpunkt. Sie werden nicht mehr nur als Empfänger*innen von den Dienstleistungen wahrgenommen, sondern können über ihre Lebensgestaltung selbst entscheiden (Liesen, Wyder, 2019: online). Liesen und Wyder (2020: 16) erklären im Weiteren, dass durch die Subjektfinanzierung Menschen mit Behinderung die Wahl haben, wo und mit welcher Unterstützung sie leben möchten. Die Umsetzung der Subjektfinanzierung

erfolgte in vier Kantonen der Schweiz: Bern, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Solothurn.

Zusätzlich gibt es eine Mischung aus beiden Varianten, die subjektorientierte Objektfinanzierung. Bei diesem System gehen die Gelder an die Institutionen, der Betrag wird nach dem individuellen Bedarf berechnet. Die Hälfte aller Kantone in der Schweiz nutzen dieses Finanzierungsmodell (ebd. 2020: 16).

Der Bund hat nach der Neugestaltung des Finanzausgleichs im Jahr 2008 die Verantwortung der Finanzierungsmodelle auf die Kantone übergeben. Der Weg zur Subjektfinanzierung in der Schweiz ist entsprechend kantonal unterschiedlich. Die Dringlichkeit eines Systemwechsels ist politisch. Der Bund hat sich aus diesem Thema 2008, nach der Neugestaltung des Finanzausgleichs, zurückgezogen und hat die Verantwortung an die Kantone weitergegeben. Schweden hat sich beispielsweise bereits in den 80er Jahren mit der Subjektfinanzierung beschäftigt (ebd. 2020: 11-16). Liesen und Wyder (2020: 11-16) nennen im Bericht «Zur Einführung der Subjektfinanzierung im Kanton Zürich» Zahlen von Westerberg¹ in Schweden. In Schweden würden heute 9 von 10 betroffene Menschen in eigenen Wohnungen leben. Ausserdem leben in Wohngruppen maximal fünf Bewohner*innen. Mittlerweile ist in weiteren Kantonen der Schweiz eine Weiterentwicklung in Richtung Subjektfinanzierung zu beobachten, unter anderem gehen die Kantone Zug, Luzern und Thurgau dem Ziel nach.

Auch der Kanton Zürich beschäftigt sich aktiv mit dem Systemwechsel von Objekt- zu Subjektfinanzierung. Im Februar 2022 hat der Kanton ein neues Selbstbestimmungsgesetz (SLBG) angenommen (Kanton Zürich. 2022: online). Frei («Medienkonferenz «Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung»», 2021: 06:16-12:24), Präsident von INSOS Schweiz, spricht sich klar für das neue Gesetz aus und sagt, dass der Paradigmenwechsel richtig und wichtig sei. Die aktuelle Lage sei nicht zukunftsorientiert. Das neue Gesetz ist für Frei ein Ausdruck für eine bedarfsgerechte und inklusive sozialpolitische Grundhaltung. Ausserdem macht er deutlich, dass das neue Gesetz sich nicht gegen Institutionen richtet, sondern diese bei der Veränderung immer noch eine wichtige Rolle haben. Die Institutionen haben einen

¹ Westerberg Kenneth veröffentlichte 2010 einen Bericht mit dem Titel «Assistance in Schweden», in dem er auf das Assistenzmodell in Schweden eingeht.

gesellschaftlichen Auftrag und tragen eine Verantwortung gegenüber Menschen mit Behinderung. Aus diesem Grund sei klar, dass sich die Angebote in den gesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegeln müssen.

4.2 Bedeutung Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht (Jezler und Masé, online: 2022). Wohnen bedeutet viel mehr als nur eine Wohnung zu haben. Es bedeutet einen Rückzugsort und Privatsphäre zu haben, wo sich der Mensch sicher und geborgen fühlt. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) (online: 2021) beschreibt Wohnen als Grundbedürfnis der Menschen. Wohnen soll laut Theunissen (2006: 59) angelehnt an Andritzky-Selle ein Ort sein, wo sich das Individuum zugehörig und zu Hause fühlt. Dabei sollen unter anderem Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Lebenszufriedenheit ermöglicht werden. Diese Bedürfnisse stehen genauso für Menschen mit Behinderung wie für Menschen ohne Behinderung im Zentrum (Theunissen, 2006: 59). Alle Menschen möchten überwiegend autonom leben. Sie sind am zufriedensten, wenn sie in einer Wohnsituation leben, wo einerseits Geborgenheit und konstante Bezugspersonen bestehen und andererseits ein eigenständiger Einfluss auf die Lebensgestaltung genommen werden kann. Diese Doppelfunktion des Wohnens ist dementsprechend notwendig für ein menschenwürdiges Leben.

4.3 Funktionale Gesundheit

Das Konzept der Funktionalen Gesundheit geht auf den Wandel und Anspruch von Teilnahme und Teilhabe ein. Im Mittelpunkt steht, «was eine Person mit einer bestimmten Beeinträchtigung braucht, um möglichst gesund, kompetent und unbehindert an normalisierten Lebensbereichen teilnehmen und teilhaben zu können» (Oberholzer, 2009: 11).

Oberholzer (2009: 11) betont:

Es geht nicht mehr um eine Normalisierung oder Integration «um jeden Preis», sondern immer auch darum, Lebensbereiche und Lebenssituationen zu schaffen, in denen sich Menschen mit Beeinträchtigung kompetent und gesund erleben können.

Gemäss der Funktionalen Gesundheit gilt eine Person als funktional gesund, wenn folgende Faktoren erfüllt sind (ebd. 2009: 21):

1. Ihre körperlichen Funktionen (einschliesslich des mentalen Bereiches) und Körperstrukturen entsprechend allgemein anerkannten Normen.
2. Sie kann alles tun, was von einem Menschen ohne Gesundheitsproblemen erwartet wird (betrifft den Bereich der Aktivität).
3. Sie kann ihr Dasein in allen Lebensbereichen entfalten, die ihr wichtig sind. Und zwar in der Weise und in dem Umfang, wie es von einem Menschen ohne Beeinträchtigung erwartet wird (betrifft den Bereich der Partizipation).

Um das Ziel der Funktionalen Gesundheit umzusetzen, kann in der Praxis auf einem Prozessgestaltungssystem aufgebaut werden. Die Prozessgestaltung besteht aus fünf Schritten, welche auf der Abbildung unten aufgeführt sind. Die Grundvoraussetzung, um das Ziel zu erreichen, ist es, die Menschen mit Behinderung aktiv einzubeziehen (ebd. 2009. 41-43).

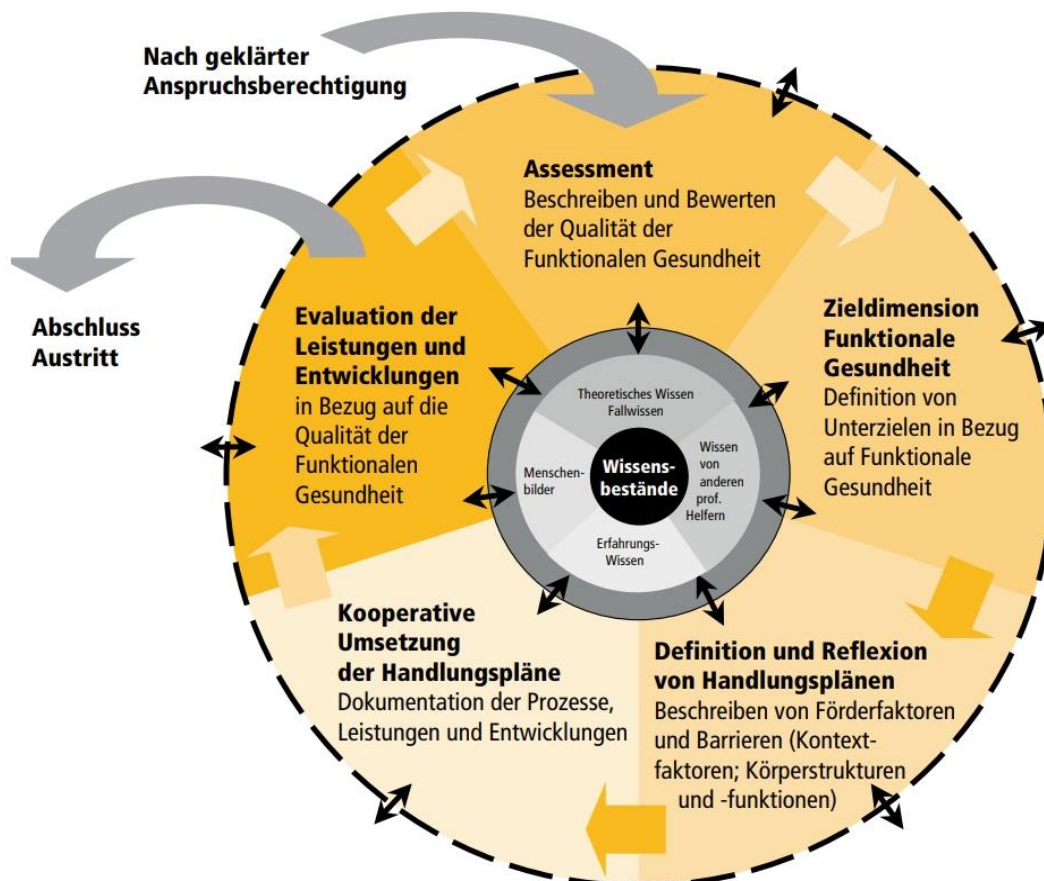


Abb.1: Prozessgestaltung mit dem Konzept der Funktionalen Gesundheit nach Oberholzer (2009: 40).

4.4 Lebensweltorientierte Soziale Arbeit nach Thiersch

Das Prozessgestaltungssystem, basierend auf dem Konzept der Funktionalen Gesundheit, geht, ebenso wie die Theorie der Lebensweltorientierung nach Thiersch² auf die Lebensbereiche und Lebenssituationen der Adressat*innen ein. Im Kern geht es bei seiner Theorie um einen gelingenderen Alltag und darum, dass die Adressat*innen der Sozialen Arbeit nicht unabhängig von ihrer Lebenswelt betrachtet werden können (Lambers, 2020: 91-94). «Aufgabe Sozialer Arbeit muss es nun sein, diesen pseudokonkreten Alltag der Individuen zu verstehen und ihnen bewusst zu machen» (ebd. 2020: 91). Dabei müssen die Menschen in ihren Erfahrungen und ihrer Realität ernst genommen werden. Die Unterstützung und Hilfe setzen bei den Erfahrungen der Personen an. Ziel ist es, die Adressat*innen zu befähigen, ihre bestehenden Routinen und Lebensverhältnisse zu verändern, um so neue Möglichkeiten und Muster zur Bewältigung kennen zu lernen und umzusetzen (Grunwald, Köngeter, Thiersch, 2012: 178-179). Die Grundhaltung der Lebensweltorientierten Sozialen Arbeit ist es, die Lebenswelten kritisch zu deuten. Ausserdem wird ganzheitliche Wahrnehmung des Menschen erwartet und die Interessen und Ziele sollen vermittelt aber auch ausgehandelt werden. Zur professionellen Grundhaltung gehört das anwaltschaftliche Vertreten der Interessen der Adressat*innen sowie das Einmischen in politische Arbeiten. Die Soziale Arbeit ist kritisch gegenüber Organisationen und der eigenen Profession in Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse. Die Soziale Arbeit soll sich vernetzen und kooperieren (Lambers, 2020: 93).

Um in der Praxis gemäss der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit zu handeln, sind folgende Struktur- und Handlungsmaximen nach Thiersch zentral (Löwenstein, 2022: 138): Einmischen, Prävention, Alltagsnähe, Regionalisierung, Inklusion und Partizipation. Im Folgenden wird kurz auf die Bedeutung der Struktur- und Handlungsmaximen eingegangen:

- **Einmischen:** Beim Einmischen geht es um das gesellschaftspolitische Mandat, welches die Soziale Arbeit ausübt. Die Soziale Arbeit soll sich aktiv an sozialpolitischen Diskussionen beteiligen und die Interessen ihrer Adressat*innen vertreten, wie beispielsweise auf Missstände aufmerksam machen. Ausserdem geht es darum, die Adressat*innen zu unterstützen und zu

² Thiersch Hans ist der Begründer der Lebensweltorientierung. Er begründet diesen Ansatz Ende der 1970er Jahren, seither hat er diesen in zahlreichen Werken weiterentwickelt.

befähigen, ihre Interessen zu benennen und einzufordern (Grunwald, Thiersch, 2016: 42-43).

- **Prävention:** Bereits vor dem Eintreten der Probleme soll die Institution der Sozialen Arbeit Angebote für überfordernde Lebenssituationen schaffen. Ausserdem sollen die Kompetenzen von den Adressat*innen zur Bewältigung vom Alltag aufgebaut und gefestigt werden. (Grunwald, Köngeter, Thiersch, 2012: 188).
- **Alltagsnähe:** Bei der Alltagsnähe geht es zum einen um die Erreichbarkeit und Niederschwelligkeit von Angeboten, zum anderen ist es zentral, dass die Angebote untereinander kooperieren, um eine ganzheitliche Hilfe anzubieten. Zudem sollen so die allgemeinen und spezialisierten Hilfsangebote miteinander verbunden sein (Grunwald, Köngeter, Thiersch, 2012: 189).
- **Regionalisierung:** Regionalisierung, Vernetzung oder auch Dezentralisierung heisst die niederschwellige Erreichbarkeit der Sozialen Arbeit (Grunwald, Köngeter, Thiersch, 2012: 189). Ziel ist es, dass die notwendigen Institutionen und Angebote für die Adressat*innen erreichbar sind (Löwenstein, 2022: 138). Thiersch kritisiert in Bezug auf die Regionalisierung die Bündelung von grossen Zentren (Marti, 2021: 13).
- **Inklusion:** «Soziale Arbeit hat die grundlegende Gleichwertigkeit aller Menschen anzuerkennen und sollte durchsetzen, dass Teilhabe nicht aufgrund von Differenzen versagt werden darf» (Löwenstein, 2022, 138). Die Institutionen der Sozialen Arbeit müssen sich daher kritisch hinterfragen, nach welchen Massstäben sie die Normalität definieren. Hinzu kommt die Akzeptanz einer eigenständigen Lebensgestaltung der Adressat*innen, auch wenn diese als nicht gelingend wahrgenommen wird (Marti, 2021: 11-17).
- **Partizipation:** Die Soziale Arbeit steht in der Pflicht, die Eigentätigkeit und Bewältigungskompetenzen der Adressat*innen zu respektieren und zu unterstützen. Die Unterstützung erfolgt durch Initiativen zu gemeinsamem Handeln. Ausserdem wird die Unterstützung stufenweise und gemäss den bereits vorhandenen und zu entwickelnden Potenzialen angepasst (Löwenstein, 2022: 138). Partizipation kann aber nur dann stattfinden, wenn zwischen Professionellen und Nichtprofessionellen eine Gleichheit herrscht. Damit dies möglich ist, braucht es im institutionellen Rahmen auch das Recht von Einspruch und Beschwerde (Grunwald, Köngeter, Thiersch, 2012: 189-190).

4.5 Inklusion

Eine der Handlungsmaximen nach Thiersch ist die Inklusion. Auf diesen Theoriebezug wird in der vorliegenden Arbeit näher eingegangen, da sie ein wesentlicher Punkt in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung ist. Aktuell steht das Paradigma «Inklusion» in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt (Schwalb, Theunissen, 2018: 11-12). Die Vorstellung beim Wohnen lautet folgedermassen: «[...] keine Unterbringung in Einrichtungen, sondern ein Leben in kleinen, gemeindeintegrierten Wohnungen, die mit einer Öffnung nach aussen als Ort des gesellschaftlichen Zusammenlebens betrachtet werden.» (ebd. 2018: 12).

Gemäss dem Paradigma der Inklusion besitzen Menschen mit Behinderung die Fähigkeiten, am gesellschaftlichen Regelsystem teilzunehmen. Ausserdem haben sie ein Recht auf Leben, welches selbständig und eigenverantwortlich in der Gesellschaft stattfindet. Theunissen und Schwalb zitieren aus dem Buch «Empowerment und Inklusion behinderter Menschen» von Theunissen³ (ebd. 2018: 12). folgenden Textabschnitt:

Im Kern geht es hierbei ganz im Sinne von *Empowerment* um einen Wechsel der Zuständigkeit und Umverteilung von Macht, indem behinderte Menschen als «Experten der eigenen Sache» selbst darüber entscheiden möchten, was für sie gut, sinnvoll und hilfreich ist und was nicht.

4.6 Empowerment

Gemäss Herriger (2020: 20) angelehnt an Lawrence, umfasst der Begriff Empowerment Selbstbefähigung und Selbstermächtigung, Stärkung von Eigenmacht, Autonomie und Selbstverfügung. Mit Empowerment sind mutmachende Prozesse der Selbstbemächtigung gemeint. Personen, welche sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, werden sich ihrer Fähigkeiten bewusst, entwickeln eigene Kräfte und nutzen ihre individuellen sowie kollektiven Ressourcen zu einem selbstbestimmten Leben. Kurz gesagt zielt Empowerment auf die (Wieder-) Herstellung von Selbstbestimmung des persönlichen Alltags.

³ Theunissen Georg veröffentlicht 2013 das Buch «Empowerment und Inklusion behinderte Menschen».

Prinzipiell bildet das Erleben von Machtlosigkeit und Fremdbestimmung die Grundlage von Empowerment-Prozessen. Eine Erklärung, welche Lebensereignisse und Lebenserfahrungen zu einem solch bedeutenden Verlust von selbstbestimmter Lebensführung führen, bietet uns die Theorie der «erlernten Hilflosigkeit». Diese Theorie wurde vom Psychologen und Depressionsforscher Seligman entwickelt. Personen, welche immer wieder aufs Neue Erfahrungen machen, dass alle Bemühungen, ihre Umwelt zu beeinflussen, fehlschlagen, entwickeln eine Verletzlichkeit. Das Vertrauen sowie die Motivation auf das eigene Handeln schwinden. Häufige Folgen sind sozialer Rückzug, Depressionen und Hoffnungslosigkeit (ebd. 2020: 57-60).

Der Empowerment-Ansatz ist eine Einladung zum Perspektivenwechsel. Der Defizit-Blickwinkel, der bis heute noch häufig in psychosozialer Arbeit vertreten ist, wird mit Empowerment verabschiedet (ebd. 2020: 74). Als Gegenrezept zum Defizit-Blickwinkel und der erlernten Hilflosigkeit beschreibt Herriger (2020: 74-76) die Grundprinzipien der «Philosophie der Menschenstärken»:

- 1) Jedes Individuum hat Fähigkeiten sich zu verändern und besitzt Ressourcen.
- 2) Die Soziale Arbeit macht keine einseitige Fremddefinitionen. Der Grundstein des Hilfeprozesses liegt bei den selbstempfundenen Stärken der Klient*innen.
- 3) Die Soziale Arbeit sieht die Klient*innen als Expert*in ihres eigenen Lebens an.
- 4) Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht.
- 5) Konzepte der sozialen Unterstützung werden als Chance gesehen, Menschen zu vernetzen, Partizipationsräume zu schaffen und so Nachhaltigkeit zu erreichen.
- 6) Damit die Verwirklichung dieser Grundprinzipien funktioniert, braucht es verbindliche organisatorische Rahmen wie beispielsweise deren Verankerung im Leitbild.

Das Empowerment-Konzept und die UN-BRK haben für den Grundwert der Partizipation eine hohe Bedeutung. Die Präambel der UN-BRK definiert, dass Menschen mit Behinderung die Expert*innen der eigenen Sachen sind. Mit dieser Haltung wird Menschen mit Behinderung aktiv eine Stimme gegeben. Schwalb und Theunissen zeigen auf, dass die Vertragsstaaten der UN-BRK klar wissen, dass es Menschen gibt, welche nicht für sich selbst sprechen können. Um die Anforderung der Partizipation umzusetzen, braucht es den Zugang zu assistierender Hilfe und Bildungsprogrammen. Die Dienstleistungen müssen Menschen mit Behinderung in der Rolle als

Entscheidungsträger*innen wahrnehmen und akzeptieren (Schwalb, Theunissen 2018: 26-27). Ein Ansatz ist beispielsweise die persönliche Zukunftsplanung, welche eine Sammlung von methodischen Planungsansätzen ist (Doose, 2020: 8). Die persönliche Zukunftsplanung wird auch bei den Struktur- und Handlungsmaximen «Alltagsnähe und Partizipation» nach Thiersch als konkretes Beispiel zur Umsetzung des Konzepts genannt (Grunwald, Meyer: 2016: 183).

4.7 Fragestellung

Aus den vorherigen aufgeführten Überlegungen wurden folgende Fragestellung mit drei Unterfragen ausgearbeitet:

«Wie sieht Wohnen mit Assistenz als ein «good Practice» Beispiel aus der Sicht der verschiedenen Expert*innen aus?»

- Was verändert sich im Alltag einer Person mit Behinderung durch das Wohnen mit Assistenz?
- Welchen Herausforderungen begegnen die verschiedene Akteur*innen in den neuen Rollen?
- Welche Lücken erkennen Expert*innen im Assistenzmodell?

5 Methodisches Vorgehen

In diesem Kapitel beschreiben wir, welche Methodik wir verwendet haben, um die vorliegende Forschungsfrage zu beantworten. Ausserdem wird aufgezeigt, wie bei der Auswertung der Daten vorgegangen worden sind.

5.1 Erhebungsmethode

Wir betrieben für unser Bachelorarbeit qualitative Forschung und gingen dabei deduktiv vor. Das bedeutet, dass wir mit unserer Untersuchung eine bereits vorhandene Theorie getestet haben (Steinert, 2008: 46). Gemäss Thiele (2008: 128) werden bei qualitativer Forschung nur wenige Personen oder kleinere Gruppen befragt. Es handelt sich hierbei um bestimmte Personengruppen, welche ähnliche Merkmale aufweisen.

Für unsere Datenerhebung führten wir qualitative Interviews durch. Qualitative Interviews sind nach Steinert (2008: 139) am besten geeignet, um die Gedanken der befragten Personen auf ein bestimmtes Thema zusammenhängend aufzuzeigen. Bei qualitativen Interviews ist laut Thiele (2008: 127) das Ziel, herauszufinden, wie etwas von den bestimmten Personengruppen erlebt wird oder wurde.

5.2 Sampling

Genügend Interviewzusagen zu erhalten, zeigte sich schwieriger als gedacht. Zu Beginn unserer Arbeit wollten wir uns mit einem «good Practice» Angebot auseinandersetzen und herausfinden, wieso dieses Angebot als «good Practice» Beispiel angesehen wird. Durch unsere Recherchen stiessen wir auf den Verein «leben wie du und ich». Schnell bekamen wir zwei Interviewzusagen, eine von der Projektleiterin des Projekts «leben wie du und ich im Kulturpark», Jennifer Zuber, und eine von einer Person mit einer körperlichen Behinderung, welche aufgrund des Projekts mit persönlicher Assistenz lebt. Ein weiteres «good Practice» Wohnangebot zu analysieren hätte den Rahmen der Bachelorarbeit gesprengt. Deshalb setzten wir unseren Schwerpunkt auf das «Wohnen mit Assistenz». Das Modellprojekt «leben wie du und ich» zeichnet sich durch das Wohnen mit Assistenz aus. Wir haben uns entschieden, nach weiteren Personen, welche mit Assistenz leben oder welche sich beruflich mit dem Assistenzmodell auseinandersetzen, zu suchen.

Wir kontaktierten verschiedene Organisationen und Vereine (Mensch zuerst, Assistenzbüro, CléA, Lunique und Pontas), um an potenzielle Interviewpartner*innen zu gelangen. Ausserdem starteten wir einen Aufruf in der Facebookgruppe «Assistenzbörse Schweiz», um weitere Personen zu erreichen. Durch diese verschiedenen Anfragen hat sich bei uns, eine Person mit einer Lernschwierigkeit, die mit dem Assistenzmodell lebt, gemeldet. Zudem hat sich die Stiftung Pontas Schweiz bereit erklärt, ein Interview zu geben. Die Stiftung Pontas Schweiz begleitet Menschen mit Behinderung auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Sie vernetzen und unterstützen die Beteiligten, organisatorische und administrative Hürden zu überwinden (Pontas, s.d.: online).

Für unsere Forschung wurden vier Personen zum Thema «Wohnen mit Assistenz» befragt. Zum einen führten wir Interviews mit Personen durch, welche mit dem Modell persönliche Assistenz leben. Da das Leben mit Assistenz ihre Lebensrealität ist, sind sie Expert*innen der eigenen Sache. Zum anderen führten wir zwei Interviews mit Fachpersonen durch, welche sich in ihrer Arbeit mit dem Thema «Assistenz» intensiv auseinandersetzen.

5.3 Instrumente für die Datenerhebung und Transkription

Für die Datenerhebung entschieden wir uns für die Methode der problemzentrierten Interviews. Laut Steinert (2008: 142) wird beim problemzentrierten Interview von den Forschenden ein theoretisches Konzept erstellt und daraus ein Leitfaden ausgearbeitet. Die Forschenden regen zum freien Erzählen an und stützen sich nicht strikt auf ihren Leitfaden. Es besteht die Möglichkeit, die Fragen frei zu formulieren. Das erarbeitete theoretische Konzept wird der zu befragenden Person nicht mitgeteilt, um diese nicht zu beeinflussen. Das problembezogene Interview eignet sich, wenn bereits Vorwissen besteht. Das Interview erfolgt flexibel, obwohl gleichzeitig immer wieder auf das untersuchende Problem Bezug genommen wird. Wir erstellten einen Leitfaden nach dem Skript von Vogt und Werner (2014: 23-34). Dieser beinhaltet verschiedene Themenblöcke und dient als grobe Orientierung für das Interview.

Drei der insgesamt vier Interviews wurden «face-to-face» durchgeführt. Das Interview mit Pontas fand online per Videocall statt. Bei der Durchführung der Interviews war jeweils eine Person für die Gesprächsführung zuständig und die andere Person notierte sich wichtige Inhalte und stellte Ergänzungsfragen. Unsere Rollen waren dadurch klar definiert und wir konnten von der Rolle der Beobachterin profitieren. Die Interviews

wurden mit Einverständnis der Befragten aufgenommen, um die Gespräche anschliessend zu transkribieren. Insgesamt transkribierten wir ungefähr 5 ½ Stunden Tonmaterial.

Bei der Transkription sind wir gemäss Dresing und Pehl (2018: 20-22) einer inhaltlichen-semantischen Transkription vorgegangen. Bei der inhaltlichen-semantischen Transkription wird wörtlich transkribiert.

5.4 Risiken und Stolpersteine

Eine Herausforderung sahen wir in der Interaktion zwischen uns und den Interviewpartner*innen. Gemäss Thiele (2008: 130-131) beeinflusst die Einstellung, welche die beteiligten Personen zueinander haben, das Interview. Zudem wirkt sich die Umgebung auf das Interview aus. Bei unserem Interview trafen wir auf Menschen, welche uns fremd sind. Es ist wichtig, eine angenehme Atmosphäre zu schaffen. Sympathien auf beiden Seiten sind wichtige Voraussetzungen, um einen möglichst offenen Gesprächsverlauf zu erzielen. Die Interviews vor Ort führten wir in den Büros der jeweiligen Personen durch, dies war aus unserer Sicht ein Vorteil, da sich die Personen in den Räumlichkeiten von Beginn an wohl fühlten.

Eine besondere Herausforderung war unsere Nervosität vor wie auch während den Interviews. Wir hatten bis dahin beide noch keine Erfahrungen mit der Durchführung von Interviews und waren daher verunsichert, ob wir adäquat reagieren können, wenn beispielsweise unser Gegenüber wenig spricht.

Eine unvorhersehbare Herausforderung war es, dass bei unserem ersten Interview eine zweite Person zum Ergänzen anwesend war. Somit handelte es sich um ein Gruppeninterview. Dieser Faktor erwies sich allerdings als positiv, da sich die beiden Personen gut kannten und daher bereits eine vertraute und offene Atmosphäre zu spüren war.

Beim Interview via Videocall funktionierte die Kamera unserer Interviewpartnerin nicht. Dies war für uns am Anfang irritierend, da wir zu einem schwarzen Bildschirm sprachen. Mit der Zeit gewöhnten wir uns daran und es schränkte die Interviewqualität nicht weiter ein.

5.5 Analyse und Auswertungsmethode

Die Interviews werden laut Vogt und Werner, abgeleitet von Mayring⁴, anhand der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Dabei gehen wir deduktiv vor und werden bei Bedarf mit induktiven Aspekten ergänzen. Bei der qualitativen Inhaltsanalyse wird das Datenmaterial anhand von Kategorien methodisch und regelgeleitet ausgewertet. Die Kategorien dienen als sogenanntes Suchraster und der Text wird auf das Relevante für das Beantworten der Forschungsfrage minimiert (2014: 47-48).

Als erstes definierten wir die Kategorien und erarbeiteten Haupt- und Unterkategorien (Vogt, Werner, 2014: 49-64). Die Kategorien wurden deduktiv definiert, indem diese vom Interviewleitfaden hergeleitet wurden. Zusätzlich Ergänzungen anhand der Inhalte der Interviews wurden induktiv vorgenommen. Jede ausgearbeitete Kategorie wurde mittels Definition abgrenzt und ein mit einem konkreten Beispiel verdeutlicht. Die sogenannten Ankerbeispiele dienen als exemplarisches Beispiel einer entsprechenden Kategorie. Für die Interviews mit den Fachexpert*innen wurde ein eigenes Kategoriensystem erarbeitet. Die Tabellen beinhalten Code, Haupt- und Unterkategorie, Definition und Ankerbeispiel.

C o d e	Kategorie	Definition	Code	Unterkategorie	Definition	Ankerbeispiel
O K 7	Übergang vom Heim zu Leben mit Assistenz (induktiv)					
			UK 7.1	Umzug Den Schritt dann tatsächlich wagen (induktiv)	Was benötigt es um den Schritt in das Assistenzmodell zu wagen?	«Und da muss man sich vorstellen, die sind alle im Heim gewesen bis zum 31. Oktober. //Und die sind wirklich direkt vom Heim in die// und alles komplett neue Teams

Abb. 2: Dies zeigt die Kategorie «Übergang vom Heim zu Leben mit Assistenz» (Gertschen, Imboden, 2023: 7).

Die Kategorien wurden systematisch aufgearbeitet und die Ober- und Unterkategorien entwickelt. Als nächsten Schritt wurden die Interviewdaten den erstellten Kategorien zugeteilt, um letztlich anhand der festgelegten Codes die Daten in eine Tabelle zusammenzufügen und auszuwerten. Die Auswertung wird im nächsten Kapitel dargestellt.

⁴ Das Skript von Vogt und Werner orientiert sich bezüglich der Inhaltsanalyse an Mayring, welcher seine Überlegung in mehreren Büchern veröffentlicht hat.

6 Ergebnisse

Dieses Kapitel widmet sich den erworbenen Ergebnissen der qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei werden in einem ersten Schritt die Interviewpartner*innen vorgestellt, was zum Verständnis der Analyse beitragen soll. Im Anschluss folgt das Aufzeigen der Ergebnisse. Die Analysen sind ausschliesslich auf den Inhalt der Interviews beschränkt⁵.

6.1 Vorstellung der Interviewpartner*innen

Interview 1: Das erste Interview führten wir mit Ben (Name geändert) durch. Er ist 54 Jahre alt und wohnt gemeinsam mit seiner Partnerin in einer eigenen Wohnung. Seit fünf Jahren erhält er Unterstützung von einer Assistenzperson, welche ihm in administrativen Angelegenheiten hilft. Er hat eine lange Heimkarriere hinter sich, ist politisch aktiv und setzt sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. In diesem Interview war ausserdem Leo (Name geändert) als Unterstützung anwesend. Leo und Ben arbeiten zusammen in einem Verein, welcher sich für die Anliegen und Rechte für Menschen mit Behinderung einsetzt. Leo hat Aussagen von Ben ergänzt oder die Wichtigkeit betont.

Interview 2: Das zweite Interview haben wir mit der Geschäftsführerin der Stiftung, Pontas, Heimann Susann durchgeführt. Die Geschäftsführerin ist selbst Mutter von einem erwachsenen Sohn mit einer schweren körperlichen Behinderung, welcher in 24 Stunden Assistenz lebt. Beruflich hat Heimann Susann eine Ausbildung als Lebensberaterin und als Sachbearbeiterin in Sozialversicherung absolviert. Sie war als Beraterin im Assistenzbüro tätig und hat 2018 die Stiftung Pontas gegründet.

Interview 3: Pia (Name geändert) wohnt mit ihrem Partner seit sieben Jahren im Modellprojekt «leben wie du und ich im Kulturpark». Früher wohnte sie mit ihrem Partner zusammen in einem Heim. Sie ist Hausfrau, stellt kreative Arbeiten her und ist Arbeitgeberin von vier Assistenzpersonen.

Interview 4: Unser viertes Interview war mit einer der drei Gründer*innen vom Verein «leben wie du und ich». Jennifer Zuber hat den Bachelor in Sozialer Arbeit und hat Berufserfahrung in einer Wohngruppe für Menschen mit Behinderung und als Assistentin gesammelt. Zuber leitet das Kompetenzzentrum des Vereins und das Modellprojekt im Kulturpark. Sie war ebenfalls im Interview drei anwesend.

⁵ Wörtliche Zitate wurden für ein besseres Verständnis geglättet.

6.2 Veränderungen

In diesem Unterkapitel werden die Veränderungen dargestellt, welche für Arbeitgeber*innen durch das Assistenzmodell entstehen.

6.2.1 Individualität, Privatsphäre und Unabhängigkeit

Im Modellprojekt beobachtet Zuber, dass durch das Leben mit Assistenz unterschiedliche Lebensentwürfe möglich werden (73-75). In den Lebensentwürfen widerspiegelt sich der Charakter der einzelnen Personen (ebd. 83-86). Assistent*innen werden gemäss den Interessen der Arbeitgeber*innen ausgewählt (ebd. 106-113).

Im institutionellen Rahmen war wenig Privatsphäre vorhanden. Pia berichtete, dass sie jederzeit damit rechnen musste, dass jemand zur Tür hineinkommt (78-83). Auch Ben erzählte, dass er seiner Partnerin im Treppenhaus «gute Nacht» sagen musste und sich mit ihr nur im allgemeinen Raum aufhalten durfte. Zudem herrschte ein Zimmerverbot (390-392). Durch das Assistenzmodell haben Pia und Ben an Privatsphäre gewonnen. Pia versicherte, dass sie diese braucht und schätzt, da sie es nicht aushalten würde, wenn eine Person den ganzen Tag bei ihr wäre (486-495).

Zudem sind Personen durch das Assistenzmodell unabhängiger geworden und erfahren viel mehr Freiheit. Pia betonte die Entscheidungsfreiheit in allen Bereichen und wie zentral dies für sie ist (112-114). Sie erklärte: «[...] Sachen wo du eben immer jemanden dabeihaben musstest, habe ich vorher nicht machen können. Ausser ich gehe mit Freunden oder mit der Familie. Du möchtest aber auch mal allein gehen oder. Und das hast du nie können [...]» (572-575). Auch Ben schätzt, dass er Mitbewohner*innen nicht fragen muss, ob diese mit seinem Vorschlag einverstanden sind (939-940).

6.2.2 Inklusion

Besonders im ersten und vierten Interview gingen wir vertiefter auf das Thema Inklusion ein. Für beide Interviewpartner*innen war klar, dass das Wohnen mit Assistenz mehr Inklusion bedeutet (Zuber, 340-343). Zuber erklärte, dass dies im Kulturpark sichtbar wird. Durch Assistenz sind Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft unterwegs. Durch Rückmeldungen aus der Nachbarschaft merken Zuber und die Projektteilnehmer*innen, dass im Kulturpark Kinder mit Menschen mit Behinderungen aufwachsen (343-345).

Auch Ben ist der Auffassung, dass Wohnen mit Assistenz Inklusion bedeutet. Wenn er ein Problem mit seiner Wohnung hat, muss er mit seinem*r Vermieter*in Kontakt treten. Eine Beziehung zwischen den Vermieter*innen und Menschen mit Behinderung entsteht. Im institutionellen Rahmen regelt alles die Institution, die Selbstverwaltung wird den Personen systematisch abgesprochen (1507-1518).

6.2.3 Selbstbestimmung

Den institutionellen Rahmen erlebten Pia und Ben als fremdbestimmt. Pia erwähnte beispielsweise, dass sie keine Katze halten durfte. Ausserdem wurde ihr vorgeschrieben, wann und was es zu essen gab (522-523). In Wohngruppen herrscht oft ein Alkoholverbot und der Kühlschrank wird abgeschlossen (Leo, 871-876). Ben erwähnt den strikt vorgegeben Tagesablauf sowie die fix vorgegeben Zeiten in einem Wohnheim (806-811). Pia musste zu einer gewissen Zeit im Bett sein, da ansonst für die benötigte Unterstützung nicht genügend Mitarbeiter*innen anwesend gewesen wären (119-123).

Ebenfalls besteht keine Selbstbestimmung beim Aussuchen von Mitbewohner*innen oder Betreuungspersonal (Ben, 1099-1100) (ebd. 1263-1264). In manchen Institutionen erhalten sie Mitbestimmung, aber der Entschluss bleibt immer bei der Geschäftsleitung (ebd. 1423-1424). Pia verdeutlichte «Ich meine ich bin 45 Jahre alt ich muss mir nicht mehr vorschreiben was ich zu tun habe oder nicht, mit wem das ich zusammenwohne oder was ich esse» (170-172).

Im Gegensatz zu festgefahrenen institutionellen Strukturen ermöglicht das Modell der persönlichen Assistenz gemäss den Interviewaussagen Selbstbestimmung. Pia erwähnte, dass sie mit der persönlichen Assistenz alles machen kann, und zwar wie, wann und wo sie will. Sie betonte, dass sie denjenigen Menschen anstellen kann, welchen sie möchte. Sie muss sich nicht zufriedenstellen mit Personen, welche zurzeit im Heim angestellt sind (100-103).

Selbstbestimmung wird im ersten und dritten Interview in allen alltäglichen Bereichen sichtbar. Wie beispielsweise, dass das Fernsehprogramm und die Freizeitgestaltung ausgewählt werden können (Ben, 944) (Pia, 558-562). Oder dass selbstbestimmt entschieden wird, wann und wie lange man in den Ausgang gehen möchte (Ben, 938-939; 430-431). Leo erklärte, dass das Assistenzmodell eine Dienstleistungsaufgabe ist

und somit die Arbeitgeber*innen entscheiden, was zu tun ist und eben nicht die assistierende Person (654-656).

6.2.4 Verantwortung

Insbesondere im Interview eins wurde deutlich, dass im institutionellen Rahmen den Menschen mit Behinderung viel Verantwortung abgesprochen und viele Entscheidungen vorweggenommen werden (Ben, 740-745). Durch das selbstständige Wohnen erhalten die Menschen die Verantwortung über ihr Leben zurück und müssen die Konsequenzen ihres Verhaltens tragen (ebd. 146-150). So beschrieb Ben: «[...] in meiner Wohnung ist zurzeit die Balkontür defekt und wenn dies im institutionellen Rahmen gewesen wäre, dann wäre der Sozi gerannt. Jetzt muss ich mich allein darum kümmern. Aber es ist eine Lebenserfahrung gewesen für mich, wie muss ich mich verhalten jetzt, als Bürger in der Schweiz, wenn so etwas passiert» (976-982).

Er erwähnte zudem, dass er durch das Alleinleben selbstständiger und auch selbstbewusster geworden ist (ebd. 482). Auch Zuber meint, dass beim Leben mit Assistenz die Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu machen und so neues Lernen zu können, besonders geschätzt wird (392-394).

6.3 Herausforderungen

In diesem Unterkapitel wird dargestellt, welche Herausforderungen aufgrund des Assistenzmodelles die interviewten Personen wahrnehmen.

6.3.1 Übergang

Die Expert*innen in eigener Sache begegneten auf dem Weg zum Leben mit Assistenz vielen Herausforderungen. Zum einen ist das Assistenzmodell noch sehr unbekannt. Pia berichtete: «[...] Ich habe gewusst man kann alleine leben, aber wie das genau funktioniert oder wo, wie, was, keine Ahnung» (242-243). Zum anderen begegneten sie vielen Herausforderungen bei der Umsetzung zum Assistenzmodell. So mussten sowohl Pia als auch Ben Abklärungen bei der IV durchführen, um überhaupt einen Assistenzbeitrag zu erhalten (Pia, 198-201) (Leo, 580-585). Nicht jeder Mensch mit Behinderung kann diesen Assistenzbeitrag beziehen, da gewisse Kriterien erfüllt sein müssen (Leo, 580-585). Dazu kommt, dass viele Menschen mit Behinderung bei der Wohnungssuche benachteiligt sind (Pia, 327-333).

Vom Austritt aus der Wohngruppe ins Leben mit Assistenz ist es ein grosser Schritt (Zuber, 577-586). Pia teilte die Position, dass es ohne Unterstützung sehr schwierig gewesen wäre und sie sich diesen Schritt zweimal überlegt hätte (215-217). Heimann machte auf das Problem aufmerksam, dass es für einige ein zu grosser Schritt sei (577-586). Personen müssen über längere Zeit begleitet werden, denn der Prozess vom Entscheid bis zum Einziehen in eine Wohnung dauert oft Monate oder Jahre und der Einzug in die eigene Wohnung bedeutet nicht, dass der Prozess beendet ist (Zuber, 619-627) (ebd. 643-646). Einige Personen haben sich bis dahin noch nie Gedanken gemacht, wie sie ihr Leben gestalten möchten (Zuber, 197-202). In den Interviews wird in diesem Zusammenhang von gelernter Hilflosigkeit gesprochen. Diese erlernte Hilflosigkeit wird insbesondere im ersten Interview ersichtlich. So erklärte Ben: « [...] Also es ist schon etwas anderes, wenn man Mieter ist, dann lernt man Sachen, wo ja normal sind, wo im institutionellen Rahmen mir abtrainiert wird, dass man eigentlich ja, dass man sich Gedanken machen muss, was will ich heute Abend kochen. Es wird nicht bestimmt, was gekocht wird. Sondern ich muss mir überlegen, was will ich essen [...] ».

Für Heimann ist es in der Begleitung wichtig, dass die Fachpersonen die richtigen Inputs geben, damit sich die Personen mit ihren Wünschen und Zielen auseinandersetzen (805-809). Die neue Selbstbestimmung, welche das Assistenzmodell mit sich bringt, bedeutet auch mehr Verantwortung (Heimann, 373-380). Mit dieser Verantwortung umzugehen ist eine neue Herausforderung (ebd. 246-248).

6.3.2 Rolle für Arbeitgeber*in

Eine weitere Herausforderung zeigte sich in den neuen Rollen der Arbeitgeber*innen. Die Rolle als Arbeitgeber*in ist unglaublich umfangreich. Es scheint in der Praxis unzumutbar, dass diese Rolle jemand allein bewältigen kann. Die Rolle als Arbeitgeber*in ist besonders zu Beginn überfordernd (Heimann, 280-287). Für Zuber sind die 20 Beratungsstunden, welche beantragt werden können, zu wenig (268-275). Sie (ebd. 667-695) zählte einige Aufgaben von Arbeitgeber*innen auf:

- Budget verwalten
- AHV anmelden
- Sozialversicherungen abschliessen
- Arbeitsrecht kennen
- Bewerbungsgespräche führen und Team zusammenstellen
- Arbeitsverträge und Arbeitspläne erstellen

Der Verein hat dafür beispielsweise Fachpersonen aus verschiedenen Berufsgruppen angestellt (Zuber, 235-241). Diese Rolle ist eine grosse Herausforderung. Zum einen wird man zum*r Chef*in und dies ohne Erfahrungen im ersten Arbeitsmarkt gesammelt zu haben (Heimann, 349-352). Zum anderen ist man auf die Assistent*innen angewiesen, doch die eigenen Bedürfnisse müssen klar kommunizieren werden können (Heimann, 569-573). Auch Pia ist froh, dass sie gewisse Sachen dem Verein übergeben kann. Sie verdeutlichte, dass sie ohne diese Unterstützung verloren wäre (282-286). Pia bemerkte zudem: «Ich habe das Glück, dass ich das KV gemacht habe, und das bringt mir eben schon auch viel in denen Bürosachen, aber irgendwo ist mein Wissen auch zu Ende» (354-355).

Neben den administrativen Angelegenheiten begegnen Arbeitgeber*innen auch organisatorischen Herausforderungen. So muss beispielsweise ein Ersatz organisiert werden, wenn die Assistenzperson kurzzeitig absagt (Pia, 160-163). Pia beschreibt, dass es eine Herausforderung ist, dass die Assistent*innen im Nebenjob und nicht Vollzeit angestellt sind. So muss sie sich nach dem Hauptberuf ihrer Assistenzpersonen richten und kann diese im Notfall nicht einfach anrufen (Pia, 461-465). Zudem müssen sie mit den erhaltenen Stunden der IV zurechtkommen (ebd. 198-201).

6.3.3 Rolle der Fachpersonen

Das Assistenzmodell verändert das Machtgefälle zwischen Fachpersonen und Menschen mit Behinderung. Menschen mit Behinderung werden zu Arbeitgeber*innen und entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen (Heimann, 293-298). Beim Assistenzmodell müssen Fachpersonen lernen, die Lebensgestaltung der Personen zu akzeptieren und sich in den eigenen Vorstellungen zurückzunehmen (Zuber, 77-79). Das Modell bedeutet für die Fachpersonen einen Paradigmenwechsel (ebd. 420-422).

Die Bezugspersonen begegnen in ihren Rollen neuen Aufgaben und Herausforderungen. Die aktuellen Wohnangebote erhalten Konkurrenz. In der Praxis zeigt sich, dass dies bei den Angeboten und Fachpersonen Druck und Angst auslöst. Es scheint, als würde aufgrund der Angst, dass Menschen in Massen die Heime verlassen werden, die Sensibilisierungsarbeit in den Heimen vernachlässigt wird (Zuber, 517-519). In den Interviews kristallisierte sich heraus, dass Institutionen und Fachpersonen die Umsetzung vom neuen Paradigma schwerfällt und es so in Bezug auf das neue Modell zu machübergreifem Verhalten von Angeboten und Fachpersonen kommt (Heimann, 296-298).

Dies wird in folgenden Aussagen aus den Interviews deutlich:

- «Es ist auch so, dass bei den zwei anderen, wo ich begleitet habe, diesen haben sie einfach noch den Stempel auf die Schulter gedrückt. Du wirst sehen, du schaffst das eh nicht, du kommst dann wieder zurück» (Heimann, 423-425).
- «Eben die haben einfach jeweils müssen Ausrede haben, wo sie jetzt hingeht, wenn sie zu mir kommt, [...]» (ebd. 406-410).

6.4 Lücken im Assistenzmodell

Eine weitere Herausforderung des Assistenzmodells bilden bestehende Lücken. Auf diese wird im folgenden Kapitel eingegangen.

6.4.1 Mangelnde Aufklärung

Alle vier Interviewpartner*innen merkten an, dass das Assistenzmodell in der Schweiz noch wenig verbreitet ist und viel Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit benötigt wird (Zuber, 216-217). Zuber vermutet, dass viele Menschen nichts über Assistenz wissen, weil zu wenig sensibilisiert wird (484-487). In der Beratung nimmt auch Heimann wahr, dass noch viel Wissen fehlt. Auf die Frage, ob Angehörige auf ihre Beratungsstelle zukommen, berichtete sie, dass sie bei Angehörigen in Bezug auf das Leben mit Assistenz oft Angst vor einem grösseren Aufwand verspürt (697-705). Aus diesem Grund sei vielleicht von der Seite der Angehörigen das Interesse, ein neues Modell zu suchen, nicht vorhanden (ebd. 709-711).

Von Heimann erfahren wir ausserdem, dass auch Beistand*innen in Bezug auf das Assistenzmodell zurückhaltend sind. Sie vermutete, dass auch bei den Beistand*innen die Zurückhaltung in Zusammenhang mit Unwissen bezüglich des Aufwands steht (ebd. 615-617).

Auch für Fachpersonen ist das Assistenzmodell etwas Neues (Zuber 446-455). Beide Fachexpertinnen sind sich einig und betonen, dass das Assistenzmodell in die Ausbildungen integriert werden und auch als Ausbildungsplätze angeboten werden müssten (Zuber, 446-445) (Heimann, 1011-1018).

6.4.2 Fehlende Angebote

Alle Interviewpartner*innen sind sich einig: Es fehlen Beratungsstellen und Unterstützungsdienste. Zuber verdeutlicht: «Ja, Menschen werden allein gelassen und da braucht es viel mehr Angebote, dass man Menschen unterstützen kann in dem Schritt [...]» (773-774). Beratungsstellen allein reichen nicht aus, es werden Menschen gebraucht, die da sind, wenn beispielsweise Probleme mit den Assistenten auftauchen (ebd. 659-663). Pia sieht das Problem der fehlenden Beratungsstellen auch. Für sie ist klar, dass viele Menschen nicht aus dem Heim ausziehen, da ihnen die nötige Unterstützung fehlt (348-350).

Heimann macht darauf aufmerksam, dass in den aktuellen Diskussionen die Wichtigkeit von gemeindenaher Unterstützung vergessen geht (133-140). Es gibt Personen, welche nur punktuelle Unterstützung, wie beispielsweise Unterstützung um die Jacke anzuziehen, benötigen (ebd. 1007-1008). Aus diesem Grund wäre gemeindenaher Unterstützung, wie Nachbarschaftshilfe, sinnvoll (ebd. 1021-1124).

Neben mehr Beratungsstellen und Unterstützungsdiensten braucht es ebenfalls eine bessere Zusammenarbeit mit den Institutionen (Heimann, 407-409). Dies würde ermöglichen, dass die Begleitung zum Assistenzmodell bereits in den Institutionen beginnen könnte (ebd. 393-394). Zusätzlich benötigt es mehr Fachpersonen, welche sich mit Konzepten für Menschen mit psychischen oder kognitiven Behinderungen auseinandersetzen (Zuber, 792-796).

6.4.3 Lücken in der Finanzierung und in den rechtlichen Grundlagen

Leo erwähnte, dass in der Schweiz der Artikel 19 nicht einklagbar ist, da das Zusatzprotokoll noch nicht unterschrieben ist (183-189). In der Schweiz dürfen direkte Angehörige und Partner*innen nicht mit dem Assistenzbeitrag angestellt und entlohnt werden. Zudem erhalten Paare ein Abzug für Mitbewohner*innen im Assistenzbeitrag (Pia, 683-699). Zuber macht darauf aufmerksam, dass Kinder bis auf ganz wenige Ausnahmen, grundsätzlich keine Assistenz erhalten. Für Familien mit Kindern mit Behinderung sollte jedoch bereits die Möglichkeit von Assistenz bestehen (804-807).

Die Stiftung Pontas und der Verein «leben wie du und ich» werden durch Spenden finanziert (Zuber, 61-764) (Heimann, 109-118). Heimann erklärt, dass nicht nur die Finanzierung der Angebote Lücken aufweise, sondern auch die Finanzierung der notwendigen Unterstützung. Der Assistenzbeitrag der IV hat eine Obergrenze und deckt nicht immer den tatsächlichen Bedarf (Heimann, 897-904). Personen, welche den Assistenzbeitrag der IV erhalten, können 20 Stunden à 75 Franken Beratungsstunden von der IV einholen. Anschliessend wird verlangt, dass die Person die Aufgaben als Arbeitgeber*in selbst managt, was laut Zuber jedoch unrealistisch ist (265-273). Für Menschen, welche eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit haben, ist es schwierig, überhaupt den Assistenzbeitrag zu erhalten. Personen müssen entweder über einen eigenen Haushalt, eine Ausbildung oder einen Intensivpflegezuschlag verfügen oder mindestens zehn Stunden in der Woche im ersten Arbeitsmarkt tätig sein (Heimann, 747-754).

Die Umstellung von der Objekt- zur Subjektfinanzierung bedeutet für das Assistenzmodell eine Möglichkeit, die finanziellen Lücken abzudecken (Zuber, 748-755). Auch Heimann äussert den Wunsch, dass endlich die Subjektfinanzierung eingeführt werden solle (1185-1189).

7 Diskussion

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung durch eigene Interpretationen und Gedanken ergänzt, sowie ein Bezug zum einführend erarbeiteten Theorieteil hergestellt. Dies stellt die Beantwortung unserer Fragestellung dar.

7.1 Diskussion der ersten Unterfrage

In diesem Teil werden wir die erste Unterfrage «Was verändert sich im Alltag einer Person mit Behinderung durch das Wohnen mit Assistenz?» beantworten.

Im Kapitel 4.2 wurde beschrieben, was Wohnen für den Menschen bedeutet. Laut Jezler und Masé (online: 2022) bedeutet Wohnen nicht nur eine Wohnung zu besitzen, sondern einen Rückzugsort und Privatsphäre zu haben. Dies hat sich in unseren Interviews bestätigt. Unsere zwei Expert*innen in eigener Sache sehnten sich nach einer eigenen Wohnung. Wenn Wohnen nur ein Dach über dem Kopf bedeuten würde, hätten sie dieses Bedürfnis nach einer eigenen Wohnung nicht gehabt. Im institutionellen Rahmen hatten diese Personen keine bis wenig Privatsphäre. In den Interviews wurde deutlich, dass sie diese gewonnene Privatsphäre sehr schätzen und nicht missen möchten. Das WBF (online: 2021) beschreibt Wohnen als Grundbedürfnis. Für unsere Interviewpartner*innen wurde dieses Bedürfnis nach einer eigenen Wohnung so gross, dass sie sich auch allen Anstrengungen und Bemühungen stellten. Um sich zuhause wohlfühlen, beschreibt Theunissen angelehnt an Andritzky-Selle (2006: 59), dass unter anderem Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Lebenszufriedenheit ermöglicht werden sollten. Dies können wir den Interviews ebenso entnehmen. Es zeigt sich deutlich, dass durch das Wohnen mit Assistenz mehr Selbstbestimmung und eine individuelle Lebensgestaltung ermöglicht wird. Zudem sind Menschen mit Behinderung gemäss Theunissen (2006: 59) mit der Wohnsituation am zufriedensten, wenn einerseits Geborgenheit und konstante Bezugspersonen bestehen und andererseits eigenständig Einfluss auf die Lebensgestaltung genommen werden kann. Aus den Interviews kann geschlossen werden, dass die Personen durch das Wohnen mit Assistenz zufriedener sind, im Vergleich zum Wohnen in einem institutionellen Rahmen. Im Gegensatz zu Institutionen kann im Assistenzmodell das Team selbst zusammengestellt werden. So werden die Bezugspersonen meistens nach Sympathie ausgewählt. Daraus schliessen wir, dass dies konstantere Bezugspersonen und mehr Geborgenheit mit sich bringt.

Wie im Kapitel 4.5 bereits erwähnt, steht gemäss Schwalb und Theunissen das Paradigma der Inklusion im Zentrum der Arbeit mit Menschen mit Behinderung. In Bezug aufs Wohnen soll ein Leben in der Gesellschaft angestrebt werden. Dies bedeutet beispielsweise keine Platzierungen in Heimen (2018: 11-12). Durch das Assistenzmodell wird das Wohnen ausserhalb vom institutionellen Rahmen ermöglicht. Aus den Interviews kann ein Zusammenhang zum Wohnen mit Assistenz und Inklusion festgestellt werden. Somit wird bestätigt, dass Wohnen ausserhalb von Institutionen zu einem inklusiven Leben beiträgt. Das Paradigma der Inklusion geht davon aus, dass Menschen mit Behinderungen die Fähigkeit, am gesellschaftlichen Regelsystem teilzunehmen, besitzen (Theunissen, 2018: 11-12). In den Interviews wird dies bestätigt. Gemäss den Interviews sehen wir jedoch, dass die Gesellschaft sich nicht immer nach den Bedürfnissen von ihren Mitmenschen richtet. So wird in den Interviews beispielsweise ersichtlich, dass Wohnungen nicht barrierefrei sind oder dass Menschen mit einer Behinderung die Fähigkeit, selbstständig und selbstbestimmt zu wohnen, abgesprochen wird. Um Inklusion zu erreichen, reicht es unserer Ansicht nicht, Strukturen zu schaffen, die den Menschen mit Behinderung ein Leben in der Gesellschaft ermöglichen. Für uns steht zudem im Zentrum, dass die gesellschaftlich stigmatisierenden Bilder von Behinderung hinterfragt werden. Ein gesellschaftliches Umdenken, dass Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft gehören und nicht an den Rand der Gesellschaft, muss stattfinden. Dieses Recht ist in der UN-BRK verankert. Unseres Erachtens setzt das Assistenzmodell die Anforderungen der UN-BRK um. Einzuwenden ist jedoch, dass das Assistenzmodell nicht für alle Menschen mit Behinderung zugänglich ist.

Wie das Kapitel 4.3 aufzeigt, stehen gemäss Oberholzer (2009:11) im Zentrum der Funktionale Gesundheit die individuellen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung, welchen ein möglichst gesundes und unbehindertes Leben in der Gesellschaft ermöglichen werden soll. In unseren Interviews wird klar, dass das Assistenzmodell das Konzept der Funktionalen Gesundheit umsetzt. Menschen mit Behinderung können selbst entscheiden, wo und wie sie Unterstützung benötigen. So wird jeder Mensch individuell betrachtet und erhält die Unterstützung, welche die Person auch wirklich benötigt und will. Durch das Assistenzmodell können sie unbehindert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Beispielsweise kann die Freizeitgestaltung nach den eigenen Bedürfnissen gestaltet werden, anders als dies häufig im institutionellen Rahmen möglich ist.

Zusammenfassung

Beide Expert*innen in eigener Sache wohnten zuerst im institutionellen Rahmen. Seitdem sie mit dem Assistenzmodell leben, hat sich für sie Einiges verändert. Im Groben zeigt unsere Forschung, dass sie an mehr Selbstbestimmung, Privatsphäre und individueller Lebensführung gewonnen haben. Dies führt zu einer zunehmenden Lebenszufriedenheit. Es konnte zudem ein Bezug zu mehr Inklusion festgestellt werden. Mit dem Assistenzmodell haben die Nutzer*innen mehr Verantwortung und müssen Konsequenzen für ihr Handeln ziehen. Dies kann insbesondere zu Beginn herausfordernd sein. Jedoch zeigt unsere Forschung, dass es geschätzt wird eigene Erfahrungen zu machen und so neues Lernen zu können.

7.2 Diskussion der zweiten Unterfrage

In diesem Absatz gehen wir auf die zweite Unterfrage «Welchen Herausforderungen begegnen die verschiedenen Akteur*innen in den neuen Rollen?» ein.

Wie die Ergebnisse zeigen, treffen Menschen mit Behinderung, welche allein wohnen möchten, auf verschiedene Herausforderungen. So fehlt beispielsweise das Wissen über das Assistenzmodell. Es müssen Abklärungen bei der IV gemacht werden und nicht jeder Mensch mit Behinderung hat Anrecht auf den Assistenzbeitrag. Wie im Kapitel 4.1 bereits erwähnt, können Menschen mit Behinderung mit der Finanzierungsvariante «Subjektfinanzierung» selbst über das Geld, welches ihnen zur Verfügung steht, verwalten (Liesen, Wyder, 2019: online). Mit der obligatorischen Einführung der Subjektfinanzierung würde der Weg zum Assistenzmodell für Menschen mit Behinderung um einiges erleichtert werden.

Gemäss der Bestandsaufnahme sind Menschen mit Behinderung bei der Wohnungssuche benachteiligt (Fritschi, Müller, von Bergen, 2020: online). Auch unsere Ergebnisse zeigen dieses Defizit auf.

Wie im Kapitel 4.6 erwähnt, definieren Herriger (2020: 20) angelehnt an Lawrence mit Empowerment mutmachende Prozesse zur Selbstermächtigung. Empowerment zielt auf die (Wieder-) Herstellung der Selbstbestimmung im persönlichen Alltag ab. Die Grundlage von Empowerment-Prozessen bildet gemäss Herriger das Erleben von Fremdbestimmung und Machtlosigkeit (2020: 60). Hier verweist Herriger (2020:60) auf die Theorie der «erlernten Hilflosigkeit» von Seligman. Die erlernte Hilflosigkeit wird in

unseren Ergebnissen ebenfalls ersichtlich. Der Schritt aus der Wohngruppe zum Leben mit Assistenz ist zu gross. Im Wohnheim werden durch Fremdbestimmung Entscheidungen und Verantwortung übernommen. Im Assistenzmodell ist die Person direkt in der Rolle der Arbeitgeber*in. Damit dieser Schritt nicht zu gross ist, ist für uns einleuchtend, Menschen mit Behinderung früh Raum für Selbstverantwortung und Selbstbestimmung zu geben. Dies könnte mit dem Empowerment Ansatz umgesetzt werden. Der Empowerment-Ansatz ist gemäss Herriger (2020:74) eine Einladung zum Perspektivenwechsel. So sieht beispielsweise die Präambel der UN-BRK Menschen mit Behinderung als Expert*innen der eigenen Sachen. Wir sind überzeugt, dass diese Haltung einiges verändern würde. Der Mensch und seine Bedürfnisse würden so ernst genommen werden.

Durch die Ergebnisse schliessen wir, dass sich viele Menschen mit Behinderung wenig, bis keine Gedanken über ihre zukünftige Wohnsituation gemacht haben. Zum einen hat dies sicher mit der erlernten Hilflosigkeit zu tun und zum anderen mit der unreflektierten gesellschaftlichen Denkweise, dass Menschen mit Behinderung in Institutionen leben. Um dieser entgegenzuwirken, finden wir es zentral, dass schon im Kindesalter Menschen mit Behinderung zu Selbstbestimmung und Selbstverantwortung befähigt werden. Wir sehen hier die Verantwortung auch bei den Fachpersonen der Sozialen Arbeit. So müssen wir beispielsweise die Menschen mit Behinderung im Prozess zur Herstellung der Selbstbestimmung im persönlichen Alltag unterstützen.

Auch Fachpersonen werden neue Rollen zugeteilt. Gemäss der Struktur- und Handlungsmaxime «Partizipation» nach Thiersch kann Partizipation nur dann stattfinden, wenn zwischen den Adressat*innen und Fachpersonen Gleichheit herrscht (Grunwald, Köngerter, Thiersch, 2012: 189-190). Die Ergebnisse bezüglich der Bereitschaft von Fachpersonen, Adressat*innen bei dem Weg in die Assistenz zu unterstützen, waren für uns sehr erschreckend. Es wurde von vielen Erfahrungen berichtet, welche aufzeigen, dass zwischen Fachpersonen und Adressat*innen in der Praxis keine Gleichheit herrscht und die Adressat*innen meist nicht oder nur wage, von den Fachpersonen in Institutionen auf dem Weg aus der Institution begleitet werden. Diese Situation beurteilen wir gemäss dem Berufskodex der Sozialen Arbeit als eindeutigen Machtmissbrauch.

Gemäss der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit nach Thiersch benötigen Professionelle eine professions- und institutionskritische Haltung (Lambers, 2020: 93). Wir sind überzeugt, dass durch eine professions- und institutionskritische Haltung Machtmissbräuche vermindert, werden können. Im institutionellen Rahmen wird gemäss unseren Ergebnissen die Struktur- und Handlungsmaxime «Inklusion» nicht umgesetzt. Wenn gemäss diesem Prinzip gehandelt wird, werden Menschen als gleichwertig betrachtet und Fachpersonen trauen Menschen mit Behinderung ein selbstständiges Wohnen zu.

In der Arbeit mit Menschen mit Behinderung wird die Prozessgestaltung von der Funktionalen Gesundheit als Handlungsplan verwendet, im dritten Schritt «Entwicklung kooperativer Handlungspläne» werden auch die Leistungen der Fachpersonen definiert. Fachpersonen sollen auf die Entwicklung von Lebensräumen hinarbeiten, in denen sich Menschen mit Behinderung kompetent und integriert erleben können. Jedoch werden Sondereinrichtungen und besondere Lebensbereiche nur als Mittel betrachtet, um das Ziel der Funktionalen Gesundheit zu erreichen (Oberholzer, 2009:41). Dies definiert, dass institutionelle Angebote nicht als langfristige Lösung gelten sollten, sondern nur als Zwischenschritt.

Bei der «Alltagsnähe» nach Thiersch geht es um die Erreichbarkeit und Niederschwelligkeit (Grunwald, Köngeter, Thiersch, 2012: 189). Bei der «Partizipation» steht die Mitbestimmung der Adressat*innen im Zentrum (Löwenstein, 2022: 138). In Bezug auf den Handlungsbedarf in der Behindertenhilfe wird bei diesen Maximen für die Beratung und Begleitung die Methode der persönlichen Zukunftsplanung genannt (Grunwald, Meyer: 2016: 183). Die persönliche Zukunftsplanung wird genutzt «[...] um mit Menschen über sich, ihre Träume, Wünsche und Ziele, ihre Werte, Stärken und Vorlieben und ihre wichtigen Menschen, Netzwerke und Lieblingsorte nachzudenken und eine Vorstellung für eine erstrebenswerte Zukunft zu bekommen» (Doose, 2020: 8). Die Methode ist passend, wenn in der eigenen Lebenssituation etwas verändert werden möchte, wie beispielsweise die Wohnsituation (ebd. 2020: 48). Dabei geht es um Veränderung auf der Ebene der Person, der Organisation und des Gemeindewesens (ebd. 2020: 8).

Zusammenfassung

Die Ergebnisse zeigen, dass die neue Rolle als Arbeitgeber*innen unglaublich umfangreich ist und verschiedene Aufgaben mit sich bringt. Diese Rolle als Arbeitsgeber*innen ist unzumutbar allein zu bewältigen und stellt eine grosse Herausforderung dar. Insbesondere weil der Schritt vom institutionellen Rahmen bis zum Leben mit Assistenz zu gross ist.

Die Fachpersonen müssen ihre eigenen Vorstellungen zurückstellen und die individuelle Lebensgestaltung der Person akzeptieren - weg vom Fördergedanken hin zur Anerkennung der Person, Expert*in der eigenen Sache zu sein.

7.3 Diskussion der dritten Unterfrage

Nachfolgenden beantworten wir die Frage «Welche Lücken erkennen Expert*innen im Assistenzmodell?». Lücken bezüglich des Assistenzmodells haben sich in unseren Ergebnissen einige gezeigt. Diese werden nun erläutert und in Bezug zur Theorie gestellt.

In der Bestandsaufnahme von Fritschi et al. (online: 2020) wurde aufgezeigt, dass die Möglichkeit von privatem Wohnen mit Dienstleistung noch wenig genutzt wird. Als Grund wurde dafür unter anderem der organisatorische Aufwand, welcher den Betroffenen bevorsteht, genannt. Dies bestätigt sich auch in unseren Ergebnissen. In den Interviews wurde ersichtlich, dass das Assistenzmodell noch wenig verbreitet ist. Daraus können wir schliessen, dass Familienangehörige, Beistände, Organisationen und Fachpersonen noch nicht genug aufgeklärt sind. Ausserdem zeigten die Ergebnisse, dass es schwierig ist, Zugang und Kontakt zu den Menschen mit Behinderung zu erhalten. Im Kapitel 3.2 wurde aufgezeigt, dass historisch gesehen, Sondereinrichtungen und Wohngruppen als fortschrittlich und beste Lösung galten (Bertels, 2016: 67). Für uns ist einleuchtend, dass es einen Moment dauert, bis sich neue Denkweisen in der Gesellschaft durchsetzen und verankern. So ist anzunehmen, dass diese Ansicht immer noch bei vielen Personen vertreten ist. Aus diesem Grund nehmen wir an, dass bei der Mehrheit der Bevölkerung kein Interesse besteht, sich über andere Möglichkeiten zu informieren. Menschen mit Behinderung müssten sich gemäss der «Alltagsnähe» ohne Zugangsschwierigkeiten über andere Angebote informieren können.

Gestützt auf die «Prävention» nach Thiersch sollen notwendige Angebote bereits vor Auftreten von Problemen geschaffen werden (Grunwald, Köngeter, Thiersch, 2012: 188). Für die Wohnsituationen von Menschen mit Behinderung könnten das unter anderem das Aufbauen von begleitenden und ambulanten Angeboten sein. So würde es aktuell nicht an Beratungsstellen und Unterstützungsdiensten fehlen. Diese Erkenntnisse setzen sich auch in den Ergebnissen durch. Es müssen Beratungsstellen aufgebaut, neue Konzepte für Menschen mit kognitiver oder psychischer Behinderung entwickelt und ein flexibler Wechsel zwischen den Angeboten ermöglicht werden.

«Regionalisierung» bedeutet die Förderung von niederschweligen Angeboten (ebd. 2012: 188). Für die Wohnsituation würde das unter anderem der Aufbau von unabhängigen Beratungsstellen bedeuten. Diese Maxime bekräftigt somit den Aufbau von neuen Angeboten. In den Interviews wurde die Möglichkeit von gemeindenaher Unterstützung, beziehungsweise von Nachbarschaftshilfe, als Handlungsbedarf erkannt.

In Kapitel 2.2.1 und 4.1 wurde bereits die aktuelle Situation zur Finanzierung aufgezeigt und zwei Lücken in Bezug auf das Assistenzmodell angesprochen: der Assistenzbeitrag der IV und die Finanzierungsmodelle. In den Ergebnissen wurden diese Lücken bestätigt. Auch konnten weitere Lücken im aktuellen System eruiert werden, wie unter anderem, dass Familienmitglieder, welche Unterstützungsarbeit leisten, nicht entlohnt werden.

Gemäss dem «Einmischen» nach Thiersch hat die Soziale Arbeit ein gesellschaftspolitisches Mandat und soll sich auch an politischer Diskussion beteiligen (Grunwald, Thiersch: 42-43). Eine Aufgabe der Sozialen Arbeit ist es, die rechtlichen und finanziellen Lücken des Assistenzmodells und auch die oben aufgeführten Mängel öffentlich zu äussern.

Die Umstellung von Objekt- zu Subjektfinanzierung wurde in den Ergebnissen, wie auch im theoretischen Teil, als ein wichtiger Punkt erachtet. Dadurch wären Dienstleistungsangebote, wie «leben wie du und ich» oder Pontas, nicht mehr von Spenden abhängig. Theunissen und Schwalb (2018: 12) erklären das Paradigma Inklusion. Dabei geht es um das Recht auf ein selbständiges und selbstverantwortliches Leben in der Gesellschaft von Menschen mit Behinderung und dass die Personen die nötigen Kompetenzen und Fähigkeit dafür besitzen. Wenn die Gelder durch die

Subjektfinanzierung direkt zu den Leistungsbezüger*innen fließen, erhalten diese die Macht, ihr Recht auf ein selbständiges und selbstverantwortliches Leben zu beanspruchen.

Zusammenfassung

Dieses Kapitel verdeutlicht, dass Expert*innen beim Assistenzmodell einigen Lücken begegnen. Die im Kapitel 7.2 aufgeführten Herausforderungen bestärken nochmals, welche Angebote es benötigt. Menschen mit Behinderung müssen auf dem Weg in die Assistenz begleitet werden. Dafür fehlt es in der Schweiz an Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Ausserdem ist das Modell unbekannt, was zu Wissenslücken und fehlen Informationen führt. In Zukunft müssen stationäre und ambulante Dienstleistungen durchlässiger sein, damit ein flexibler Wechsel gemäss den aktuellen Bedürfnissen möglich ist. Zu betonen ist, dass die aktuelle Finanzierung mit dem Assistenzbeitrag der IV nicht zufriedenstellend ist. Viele Kantone in der Schweiz werden aktuell objektfianziert, so verfügen Menschen mit Behinderung nicht über ihr Geld und die damit einhergehende Entscheidungsfreiheit.

8 Schlussfolgerung und Ausblick

In diesem Kapitel ziehen wir ein Resümee. Wir beschreiben die Bedeutung unsere Ergebnisse für die Soziale Arbeit. Anschliessend reflektieren wir den Prozess unserer Bachelorarbeit. Zum Schluss werden Grenzen der vorliegenden Bachelorthesis dargelegt. Mit einem Ausblick auf weiterführende Forschungsfragen wird diese Bachelorarbeit beendet.

8.1 Resümee

Am Ende unserer Arbeit stellt sich für uns heraus, dass das Assistenzmodell definitiv eine Alternative für den institutionellen Rahmen darstellt. Allerdings haben aktuell nicht alle Menschen mit Behinderung Zugang zur persönlichen Assistenz und zu Unterstützungsdiensten.

Unsere Daten haben gezeigt, dass durch das Assistenzmodell Menschen die Wahlfreiheit bezüglich des Aufenthaltsortes erhalten und wählen können, wo und mit wem sie leben wollen. Ausserdem sind Menschen mit Behinderung durch das Modell nicht mehr verpflichtet, in besonderen Wohnformen zu leben.

Wird der Zugang zum Assistenzmodell und den Unterstützungsangeboten in Zukunft für alle Menschen gewährleistet, wären durch das Assistenzmodell die Anforderungen von Art. 19 der UN-BRK erfüllt.

8.2 Konsequenzen für die Soziale Arbeit

Wie aus unserer Forschung entnommen werden kann, sind wir überzeugt, dass ein Paradigmenwechsel stattfinden muss. Wir müssen uns vom Defizit-Blickwinkel entfernen und Menschen mit Behinderung als Expert*innen in eigener Sache wahrnehmen. Es darf nicht davon ausgegangen werden, dass Menschen mit Behinderung in Institutionen wohnen. Wir sehen die Verantwortung in den Fachpersonen, Menschen mit Behinderung im Prozess der Herstellung der Selbstbestimmung zu unterstützen und zu befähigen. Zudem müssen die Strukturen und die Angebote des institutionellen Rahmens sowie das professionelle Handeln der Fachpersonen reflektiert und kritisch betrachtet werden. Des Weiteren müssen wir die Interessen unserer Adressat*innen vertreten und uns aktiv für ihre Rechte einsetzen. Ein Beispiel hierfür wäre die obligatorische Einführung der Subjektfinanzierung in allen Kantonen.

Damit die Umsetzung des Assistenzmodells gelingt, braucht es neue Arbeitsfelder für die Soziale Arbeit. Es müssen neue Angebote und Übergangslösungen geschaffen oder ausgearbeitet werden. Es braucht mehr Beratungsstellen und Unterstützungsdienste. Für Professionelle der Sozialen Arbeit besteht die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen, indem beispielsweise schweizweit Pontas-Anlaufstellen geschaffen oder Angebote mit dem Konzept vom Verein «leben wie du und ich» angeboten werden. Es müssen neue Konzepte entwickelt werden, wie beispielsweise für Menschen mit einer starken kognitiven Behinderung. Zudem müssen Lösungen für bestehende Lücken gefunden werden, wie etwa eine Pikett-Stelle, mit abrufbaren Notfall-Assistenzpersonen. Ausserdem sind auch Institutionen verpflichtet, sich Lösungen zu überlegen, wie sie dieser Entwicklung gerecht werden können. Ziel ist es, dass in Zukunft ein selbstbestimmtes Wohnen ermöglicht wird und das Wohnen im institutionellen Rahmen kein Muss darstellt.

8.3 Reflexion

Eine der grössten Schwierigkeiten war für uns die Eingrenzung des Themas. Zu Beginn hatten wir beide die Vorstellung, dass wir eine «good Practice» Organisation im Bereich Wohnen untersuchen. An genügend Untersuchungsmaterial zu kommen sowie zu definieren, was als «gutes Beispiel» zählt, erwies sich als schwierig. Nach mehreren Versuchen haben wir dann das Assistenzmodell in Betracht gezogen. Durch Recherchen zum Assistenzmodell bemerkten wir, dass dies zu unseren Vorstellungen passt.

Wir haben erst spät im BA-Prozess diesen neuen Schwerpunkt gesetzt und so unsere Arbeit eingegrenzt. Dies hatte zur Folge, dass die Zeit unsere grösste Herausforderung war. Unser letztes Interview haben wir Ende November durchgeführt. Wir waren nicht zeitgleich mit dem Inhalt des Moduls «BA2». So konnten wir nicht unmittelbar vom Unterrichtsinhalt profitieren, sondern mussten uns zu einem späteren Zeitpunkt in die Materie einlesen.

Der Erstkontakt mit Ben war via Mail und in einfacher Sprache, weshalb wir uns in die Thematik der einfachen Sprache eingelesen und nach diesen Vorgaben den Interviewleitfaden und die Einwilligungserklärung formuliert haben. Durch die Recherche und das Feedback von Ben konnten wir uns neues Wissen aneignen und uns so weiterentwickeln. Die Gesellschaft ist in «schwieriger Sprache» konzipiert. Dies stellt eine weitere Barriere zur Inklusion dar.

Die Durchführung der Interviews hat uns einen besonderen Motivationsschub gegeben. Die Interviews waren sehr interessant und haben so unser Interesse für die Thematik verschärft.

Wir haben uns bei den Interviewpartner*innen auf einen Kanton beschränkt, damit alle dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen haben. Nach den Interviews wurde uns bewusst, dass das Festlegen auf einen Kanton nicht zwingend notwendig war. Dies offen zu lassen, hätte uns die Suche nach passenden Interviewpartner*innen vereinfacht.

Die Zusammenarbeit im Team haben wir beide geschätzt. Im Team mussten zwar die Vorgänge und Änderungen immer abgesprochen werden, was zeitaufwändig war. Doch entstanden dadurch interessante Diskussionen über die Thematik, welche uns weitergebracht haben. Zudem konnten wir uns gegenseitig unterstützen und bei Unsicherheiten helfen.

Bei uns beiden hat die intensive Auseinandersetzung mit der Thematik in Bezug auf unsere berufliche Zukunft viel ausgelöst. Die Art der Unterstützung in vielen Institutionen entspricht nicht dem Berufskodex und den Anforderungen der UN-BRK. Das nächste Praktikum werden wir im institutionellen Rahmen absolvieren. Wir sind gespannt, wie sich dieses neue Wissen sowie die Skepsis gegenüber Institutionen auf unser Praktikum und unser zukünftiges Arbeitsleben auswirken.

Das Assistenzmodell entspricht unseren Werten und Vorstellungen wie wir arbeiten wollen. Wir sehen beide im Assistenzmodell die Zukunft. Pontas und der Verein «leben wie du und ich» haben uns aufgezeigt, dass es andere Möglichkeiten zum institutionellen Rahmen gibt.

8.4 Grenzen und Ausblick

Es soll beachtet werden, dass sich diese Arbeit ausschliesslich auf die Sichtweise von Expert*innen in eigener Sache und Fachexpert*innen konzentriert und somit die Sichtweise von Angehörigen, Assistierenden oder Institutionen nicht behandelt wurde. Beim Austausch über unser Thema ist immer wieder die Frage aufgekommen, ob das Leben mit Assistenz nicht teurer sei. Diesen Aspekt haben wir nicht beleuchtet, da es uns erstmals darum ging, herauszufinden, ob das Assistenzmodell eine Alternative zum intentionellen Rahmen darstellt.

Wir bezeichnen Pia und Ben als Pioniere, denn sie haben trotz der Ungewissheit und Lücken den Schritt aus den Institutionen gewagt. Auch Pontas und Verein «leben wie du und ich» sind in ihrer Rolle als Dienstleister Vorreiter.

Im institutionellen Rahmen ist die Wohnsituation für Menschen mit Behinderung meist mit der Arbeitsstelle verknüpft. Aus diesem Grund könnte es sich lohnen zu untersuchen, inwiefern das Assistenzmodell Konsequenzen auf den ersten und zweiten Arbeitsmarkt hat.

Aus den Erkenntnissen unserer Forschung in Bezug auf die Institutionen ergibt sich weiterer Forschungsbedarf. So wäre es interessant herauszufinden, wie sich Institutionen zu der aktuellen Entwicklung äussern und was sie unternehmen, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden.

9 Quellenverzeichnis

9.1 Literaturverzeichnis

AHV/IV. *Assistenzbeitrag*. s.d, URL: www.ahv-iv.ch/de/Sozialversicherungen/Invalidenversicherung-IV/Assistenzbeitrag#qa-1237.

Zugriff: 12.03.2023.

Arndt, Adelheid. Ettl, André. Zuber, Jennifer. «leben wie du und ich im KULTURPARK». *Inklusion im Erwachsenenbereich*, Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik, 2020, URL: www.lebenwieduundich.ch/wir-in-der-presse/leben-wie-du-und-ich-im-kulturpark-ein-modell-zur-umsetzung-der-un-behindertenrechtskonvention-in-der-schweiz. S.14–16. Zugriff: 24.01.2023.

AvenirSocial. *Berufsbild der professionellen Soziale Arbeit*. 2014, URL: avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2018/12/AS_Berufsbild_DE_def_1.pdf. S.3. Zugriff: 24.01.2023.

AvenirSocial. *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz*. URL: avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2018/12/Web_SCR_Berufskodex_De_A5_db_221020.pdf. 2010, S. 10 Zugriff: 24.01.2023.

Bertels, Eric. *Die schweizerische Behindertengleichstellung*. Bürgerspital Basel, 2016, S. 51-167.

BFS. *Menschen mit Behinderung(en)*. 2018, URL: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-menschen-behinderungen/behinderungen/individuelle-merkmale.assetdetail.5935538.html>. Zugriff: 24.01.2023.

BSV. 6. *IV-Revision - erstes Massnahmenpaket*. 2021, URL: www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/iv/reformen-revisionen/iv-revision-6a.html. Zugriff: 24.01.2023.

Bucher, Noëlle. Fritschi, Tobias. Kraus, Simonina. Luchsinger, Larissa. Müller, Franziska. Ostrowski, Gaspard. von Berger, Matthias. Hrsg. *Berner Fachhochschule*. «Bestandsaufnahme des Wohnangebots für Menschen mit Behinderung». *Schlussbericht zuhanden des BSV*, 2019, S. 5-57.

Bundesrat. Hrsg. *Bundesamt für Sozialversicherungen, der Bundesrat, Eidgenössisches Departement des Innern*. *IV-Revision 6a ab 1. Januar 2012 in Kraft: Mehr Eingliederungsangebote und neuer Assistenzbeitrag*. s.d., URL: www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-42248.html. Zugriff: 24.01.2023.

Doose, Stefan. «*I want my dream!*» *Persönliche Zukunftsplanung*. 11. Auflage, Ag SPAK, 2020, S. 8.

Dresing, Thorsten. Pehl, Thorsten. *Interview, Transkription & Analyse*. 2018, 8. Auflage, S.20-22.

EDI. *Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen*, s.d., URL: www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/ebgb/recht/international0/uebereinkommen-der-uno-ueber-die-rechte-von-menschen-mit-behinde.html. Zugriff: 24.01.2023.

Eichelberger, Fabienne. «Selbstbestimmt durchs Leben». *Schweizer Familie*. URL: www.lebenwieduundich.ch/wir-in-der-presse/selbstbestimmt-durchs-leben. 2017, S. 22. Zugriff: 24.01.2023.

Förderverein CléA. *36'000 Menschen mit Behinderungen erhalten einfacher Zugang zu persönlichen Assistent*innen*. 2021, URL: www.clea.app/wp-content/uploads/2021/11/Medienmitteilung_Foerderverein-CleA_CleA-Jobplattform-mobile.pdf. S.1. Zugriff: 24.01.2023.

Frei, Daniel. Hrsg. *Kanton Zürich. Medienkonferenz «Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung»*. 2021, URL: www.zh.ch/de/news-uebersicht/medienmitteilungen/2021/04/mehr-selbstbestimmung-fuer-menschen-mit-behinderung.html#main_downloadlist. Zugriff: 24.01.2023.

Fritschi, Tobias. Müller, Franziska. von Bergen, Matthias. «Das Wohnangebot für Menschen mit Behinderung im Wandel». *Soziale Sicherheit CHSS*, 2020, URL: soziale-sicherheit-chss.ch/de/das-wohnangebot-fuer-menschen-mit-behinderungen-im-wandel. Zugriff: 24.01.2023.

Grunwald, Klaus. Köngeter, Stefan. Thiersch, Hans. Hrsg. *Werner, Thole. Grundriss Soziale Arbeit*. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, S. 178-189.

Grunwald, Klaus. Meyer, Thomas. Hrsg. *Grunwald, Klaus. Thiersch, Hans. Praxishandbuch Lebensweltorientierte Soziale Arbeit*. 3. Auflage, Juventa Verlag, 2016, S.182-184.

Grunwald, Klaus. Thiersch, Hans. Hrsg. *Grunwald, Klaus. Thiersch, Hans. Praxishandbuch Lebensweltorientierte Soziale Arbeit*. 3. Auflage, Juventa Verlag, 2016, S.42-43.

Herriger, Norbert. *Empowerment in der Sozialen Arbeit*. 6. Auflage, Verlag W. Kohlhammer, 2020, S. 20-76.

Hess-Klein, Caroline. Scheibler, Eliane. *Aktualisierter Schattenbericht*. 2022, URL: [schattenbericht_zusammenfassung_de.pdf](#). S. 1-5. Zugriff: 24.01.2023.

Homann, Birthe. *Leben mit Assistenz – eine fast unlösbare Aufgabe*. 2021, URL: www.beobachter.ch/geld/ahviv/meine-selbstbestimmung-ist-mir-sehr-wichtig-leben-mit-assistenz-eine-fast-unlosbare#:~:text=Die%20Assistenz%20erm%C3%B6glicht%20ein%20selbstbestimmtes,Chef%C2%BB%20im%20Alltag%20zu%20unterst%C3%BCtzen. Zugriff: 24.01.2023.

Inclusion Handicap. *Assistenzbeitrag*. s.d.a, URL: [www.inclusion-handicap.ch/de/themen/invalidenversicherung-\(iv\)/assistentzbeitrag-273.html](http://www.inclusion-handicap.ch/de/themen/invalidenversicherung-(iv)/assistentzbeitrag-273.html). Zugriff: 24.01.2023.

Inclusion Handicap. *Mangelhafte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention*. 2022, URL: www.inclusion-handicap.ch/de/themen/un-brk/schattenbericht-667.html. Zugriff: 24.01.2023.

Inclusion Handicap. *Selbstbestimmtes Leben & Wohnen*. s.d.b, URL: www.inclusion-handicap.ch/de/themen/selbstbestimmtes-leben-wohnen-515.html. Zugriff: 23.01.2023.

Interessenvertretung selbstbestimmt Leben in Deutschland. *Entstehung und Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention*. 2013, URL: isl-ev.de/index.php/component/search/?searchword=Entstehung%20brk&searchphrase=all&Itemid=0. Zugriff: 24.01.2023.

Jezler, Agnes. Masé, Aline. «Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht». *Humanrights*, 2022, URL: www.humanrights.ch/de/news/menschenrecht-wohnen. Zugriff: 24.01.2023.

Kanton Zürich. *Selbstbestimmungsgesetz wird umgesetzt, sechs Pilotprojekte starten*. 2022, URL: www.zh.ch/de/news-uebersicht/medienmitteilungen/2022/08/selbstbestimmungsgesetz-wird-umgesetzt--sechs-pilotprojekte-star.html. Zugriff: 24.01.2023.

Lambers, Helmut. *Theorien der Sozialen Arbeit*. 5. Auflage, Verlag Barbara Budrich Opladen & Toronto, 2020, S. 91-94.

Liesen, Christian. Wyder, Angela. «Subjektfinanzierung – Lebensgestaltung ohne vorgefertigte Schubladen». *ZHAW Soziale Arbeit*, 2019, URL: www.zhaw.ch/de/sozialearbeit/news-liste/news-detail/event-news/subjektfinanzierung-lebensgestaltung-ohne-vorgefertigte-schubladen/. Zugriff: 24.01.2023.

Liesen, Christian. Wyder, Angela. «Zur Einführung der Subjektfinanzierung im Kanton Zürich». *ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*, 2020, DOI: 10.21256/zhaw-2394. S.11-50.

Löwenstein, Heiko. Hrsg. *Bieker, Rudolf. Soziale Arbeit*. Kohlhammer, 2022, S. 138.

Marti, Barbara. «Lebensweltorientierte Soziale Arbeit». *Berner Fachhochschule*, 2021, URL: virtuelleakademie.ch/good-practice-beispiele/theorielinien/lebensweltorientierte-soziale-arbeit/. S. 11-17. Zugriff: 24.01.2023.

Oberholzer, Daniel. Hrsg. *INSOS Schweiz. Das Konzept der Funktionalen Gesundheit*. 2009, S. 11-43.

Pontas. *Leben Sie mit Assistenz? Wir unterstützen Sie*. s.d., URL: www.pontas.ch/. Zugriff: 24.01.2023.

Proinfirmis. *Assistenzbeitrag*. s.d., URL: www.proinfirmis.ch/behindertwastun/assistenz/assistenzbeitrag.html. Zugriff: 12.03.2023.

Proinfirmis. *Petition Zusatzprotokoll zur UNO-Behindertenrechtskonvention: Lasst uns nicht hängen! Rechte von Menschen mit Behinderungen konsequent und gemäss UNO-BRK umsetzen*. 2022, URL: www.proinfirmis.ch/ueber-uns/medien/details/news/petition-zusatzprotokoll-zur-uno-behindertenrechtskonvention-lasst-uns-nicht-haengen-rechte-von-menschen-mit-behinderungen-konsequent-und-gemaess-uno-brk-umsetzen.html. Zugriff: 24.01.2023.

Roth, Franziska. *Ratifizierung des Fakultativprotokolls zur Uno-Behindertenrechtskonvention*. 2019, URL: www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20194424. Zugriff: 24.01.2023.

Schwalb, Helmut. Theunissen, Georg. *Inklusion, Partizipation und Empowerment in der Behindertenarbeit*. 3. Auflage, Kohlhammer, 2018, S. 11-27.

Steinert, Erika. Hrsg. *Steinert, Erika. Thiele, Gisela. Sozialarbeitsforschung für Studium und Praxis*. Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 2008, S. 139-142.

Theunissen, Georg. Hrsg. *Schirbort, Kerstin. Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung*. W. Kohlhammer, 2006, S. 59.

Thiele, Gisela. Hrsg. *Steinert, Erika. Thiele, Gisela. Sozialarbeitsforschung für Studium und Praxis*. Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 2008, S. 127-131.

Übereinkommen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderung, (UN-BRK, SR 0.109).

Vogt, Stefanie. Werner, Melanie. *Forschen mit Leitfadeninterviews und qualitativer Inhaltsanalyse*. 2014, S. 23-64.

WBF. *Wohnen als Voraussetzung für eine ausgeglichene Entwicklung*. 2021, URL: <https://www.wbf.admin.ch/wbf/de/home/themen/wohnungswesen.html>. Zugriff: 24.01.2023.

9.2 Abbildungsverzeichnis

Gertschen, Deborah. Imboden, Annina. *Kategoriensystem: Assistenzmodell aus der Sicht der Fachexpert*innen*. 2023, S. 7.

Oberholzer, Daniel. Hrsg. *INSOS Schweiz. Das Konzept der Funktionalen Gesundheit*. 2009, S. 40.

10 Anhang

10.1 Art. 19 UN-BRK

Art. 19 Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Massnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, indem sie unter anderem gewährleisten, dass:

- a) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben;
- b) Menschen mit Behinderungen Zugang zu einer Reihe von gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen sowie zu sonstigen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben, einschliesslich der persönlichen Assistenz, die zur Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft und der Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist;
- c) gemeindenaher Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.